

XXII.

Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem Parteitag in Dortmund 1952 und erweitert auf dem Parteitag in Berlin 1954

Vorbemerkung des Herausgebers

Anfang November 1951 beschloss der SPD-Vorstand, einen Ausschuss mit der Vorbereitung der Arbeiten für ein Aktionsprogramm zu beauftragen. Wegen der Erkrankung des Parteivorsitzenden konnte die aus Schumacher, Ollenhauer, Eichler, Wenzel Jaksch, Ludwig Preller, Carlo Schmid, Erwin Schoettle, Herman Veit und Herbert Wehner bestehende Kommission erst im April 1952 ihre Arbeit beginnen. Mit der Federführung wurde Willi Eichler betraut. Ab Juli 1952 lag der SPD-Mitgliedschaft ein Programmentwurf zur Diskussion vor. Der Entwurf stieß auf massive Kritik, insbesondere wegen der Langatmigkeit und mangelnden Präzision der Aussagen. In weit über hundert Anträgen zum bevorstehenden Parteitag wurden Verbesserungsvorschläge unterbreitet. Die Delegierten des Dortmunder Parteitages, der vom 24. bis zum 28. September 1952 stattfand, nahmen einen in Form und Inhalt erheblich veränderten Entwurf einstimmig an.

Nach der Wahlniederlage vom 6. September 1953 setzte eine Parteireformdiskussion ein, in der auch grundsatzprogrammatische Fragen, die auf internationaler Ebene zuletzt noch teilweise die Bentveld-Konferenz im März 1953 angesprochen hatte, mit neuem Nachdruck aufgeworfen wurden. Am 4. März 1954 gaben Vorstand und Parteiausschuss »Empfehlungen«, die den künftigen SPD-internen Debatten die Richtung weisen sollten. Im darauf folgenden Monat, vom 12. bis zum 14. April, traf in Mehlem die im März 1953 gebildete Studienkommission sozialdemokratischer Wissenschaftler, der u.a. Wolfgang Abendroth, Fritz Borinski, Georg Eckert, Otto Stammer, Otto Suhr und Gerhard Weisser angehörten, zu einer Klausurtagung zusammen und

verabschiedete Thesen zur programmatischen Selbstverständigung des freiheitlich-demokratischen Sozialismus. An diese Vorarbeiten konnte die 60köpfige Kommission unter Federführung von Willi Eichler anknüpfen, die gemäß den »Empfehlungen« vom März Vorschläge für die Überarbeitung des Aktionsprogramms und für eine Präambel entwickeln sollte.

Den Delegierten des vom 20. bis zum 24. Juli 1954 stattfindenden Berliner Parteitag wurde eine vom Dortmunder Text stellenweise erheblich abweichende Neufassung einschließlich der Präambel vorgelegt. Die in Berlin gebildete Programmkommission schlug zusätzliche Änderungen vor, die der Parteitag »gegen einige Stimmen« akzeptierte.

Vorwort

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist nach 1945 von der Idee ausgegangen, ein Deutschland zu schaffen, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Dazu war nach ihrer Meinung notwendig, die Zusammenarbeit mit den anderen freiheitlichen Faktoren in der Welt anzustreben, unter keinen Umständen aber die Deutschen in die Position der Unterworfenen sinken zu lassen.

In der deutschen Sozialdemokratie lebte die Erkenntnis Léon Blums: »Es gibt kein freies Proletariat in einem geknechteten Volk. Es gibt keine freien Menschen, wenn nicht alle Menschen frei sind, und es gibt kein freies Vaterland, wenn nicht alle Vaterländer frei sind.«

Die Demokratie wird von der Sozialdemokratie als eine politische, menschliche und nationale Chance für die Deutschen und für die Erhaltung des Friedens in der Welt betrachtet.

Wenn man heute in Deutschland so tut, als ob alles, was seit 1945 geschehen ist, das Ergebnis der Tätigkeit der Bundesregierung sei, dann muss hier festgestellt werden: In den Jahren 1945 bis 1949 hat es noch keine Bundesregierung gegeben, und damals sind die entscheidenden Stellungnahmen der Deutschen erfolgt. Fast immer war es die Sozialdemokratie allein, die hier eindeutig Stellung genommen hat.

Die Sozialdemokratie erklärte bereits 1945, dass sie die Oder-Neiße-Linie nicht als Grenze anerkenne.

Bei der Abwehr des Bemühens der sowjetischen Besatzungsmacht, die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu erzwingen, hat die Sozialdemokratie diesen Abwehrkampf allein geführt, ohne dass ihr von irgendeiner Seite dabei Hilfe zuteil geworden wäre.

Die Sozialdemokratie war sich stets darüber klar, dass ihre Abwehr des östlichen Totalitarismus und die geistige Gewinnung der Deutschen für die Sache der Demokratie nur dann möglich und von dauerndem Erfolg sein würde, wenn sie diese Abwehr aus einem demokratischen und nationalen Selbstbewusstsein heraus führt. Die Politik der deutschen Demokratie darf nicht eine Funktion der westlichen Besatzungsmächte sein.

Die Probe auf das Exempel war die Schaffung des Grundgesetzes 1949. Wenn es nach dem Erkenntnisvermögen und der Haltung der Parteien gegangen wäre, die heute die Bundesregierung bilden, vor allem der CDU/CSU und der DP, dann wäre ein neuer Rheinbund entstanden, wie ihn mindestens zwei der drei westlichen Alliierten gewollt haben. Nur durch die Sozialdemokratie ist ein Grundgesetz zustande gekommen, das diese Bundesregierung überhaupt erst funktionsfähig gemacht hat.

Die Sozialdemokratie hält es für ihre oberste Aufgabe, nicht einen Staat der Restaurierung früherer Verhältnisse, sondern ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt zu schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten auch tatsächlich mitzubestimmen haben. Die Politik der Bundesregierung geht dahin, die Mitwirkung des Volkes nach Möglichkeit auszuschalten. Die Politik der Sozialdemokratie will die Aktivierung der Menschen bei der Gestaltung ihres Schicksals. Die Bundesregierung versucht, die parlamentarische Demokratie in der Praxis auszuschalten und den autoritären Verwaltungsstaat zu etablieren. Heute ist bereits das Etatrecht des Parlaments bedroht.

Nur ein Deutschland, getragen von einem staatsbürgerlichen Bewusstsein und sozialer Gerechtigkeit, kann erfolgreich in der Abwehr totalitärer Tendenzen sein. Die Stärke der Freiheit ist nicht nur in Divisionen zu sehen.

Die freie Entschlussfähigkeit der Deutschen, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, und der Wille zur internationalen Zusammenarbeit auf dem Boden tatsächlicher Gleichberechtigung sind für die sozialdemokratische Politik bestimmend. Hier lassen sich Innen- und Außenpolitik nicht trennen.

Es ist eine verantwortungslose Propagandaparole, heute zu behaupten, dass die Sozialdemokratie in der Regierung dieselbe Politik machen würde wie die jetzige Bundesregierung. Die Sozialdemokratie geht von ganz anderen Voraussetzungen aus und strebt auf anderen Wegen auch anderen Zielen zu. Für uns ist die deutsche Einheit kein Fernziel, sondern das Nahziel. Die ganze Konzeption der Sozialdemokratie geht davon aus, dass die Zukunft des deutschen Volkes auf seiner Leistungskraft beruht. Zweimal in

einer Generation hat der deutsche Arbeiter die Trümmerberge wegräumen müssen, die eine wahnwitzige Machtpolitik hinterließ. Die Arbeiter, Techniker und Wissenschaftler mussten immer wieder mit vorbildlicher Leistung das Ansehen des deutschen Volkes zurückerobern, das durch nationalistischen Größenwahn verspielt worden war.

Die deutsche Jugend darf nicht das Gefühl bekommen, dass die Demokratie verknüpft sein soll mit nationalem Niedergang.

Darum sind wir aus nationalen Notwendigkeiten die Feinde des Klassenkampfes von oben, der heute in Deutschland alle Ansätze zu einer wirklichen Gemeinschaftsbildung zerstört. Die heute allgewaltige Macht des Großbesitzes und seiner Anhänger muss gebrochen werden, um die Bahn freizubekommen für eine Entwicklung der freien Menschen und Staatsbürger und der Freiheit der Nation.

Als das große nationale Ziel der Gegenwart sieht die Sozialdemokratie die deutsche Einheit in Freiheit und Frieden an. Sie wird jeden Versuch abwehren, die Verschmelzung von Teilen Deutschlands mit anderen Völkern dieser deutschen Einheit vorzuziehen. Wir wollen die Gemeinschaft. Jede Gemeinschaft beginnt für uns aber mit der Gemeinschaft mit der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone und des Saargebietes.

Alles, was bisher in den einzelnen Teilen Deutschlands geschehen ist, hat nur provisorischen Charakter. Die Provisorien können nichts Definitives für das ganze deutsche Volk schaffen. Nur das vereinigte deutsche Volk ist dazu berechtigt, die endgültigen Formen seiner Politik und seiner Wirtschaft mit dem Blick nach vorn zu bestimmen und zu gestalten.

Die deutsche Arbeiterklasse lehnt es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der sowjetischen Besatzungszone als Sozialisierung zu betrachten. Sie lehnt aber mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung und der Restauration früherer Verhältnisse ab.

Wir haben der Bundesregierung verschiedene Male mit ganz konkreten Vorschlägen eine gemeinsame Außenpolitik angeboten. Unsere Vorschläge sind von der Bundesregierung und ihren Parteien stets mit größerer Eile als von den Alliierten selbst abgelehnt worden, und zwar immer dann, wenn es um die tatsächliche nationale Gleichheit bei internationalen Verträgen ging. Diese Verweigerung der notwendigen nationalen Gemeinschaft in der Außenpolitik durch die Bundesregierung und ihre Parteien erfolgte aus klassenegoistischen Motiven.

Ein Staat des demokratischen Sozialismus ist darum die beste Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik der Gleichberechtigung und der Zusammenarbeit mit anderen Völkern.

Die Sozialdemokratische Partei sieht ihre Aufgabe darin, die Partei der deutschen Patrioten und internationalen Sozialisten zu sein. Internationalität ist die Zusammenarbeit tatsächlich gleichberechtigter und gleichwertiger Völker. Die Sozialdemokratie bekennt sich wie immer, so auch heute zu dieser Internationalität. Sie lehnt deshalb die nationale Selbstaufgabe ab, die jetzt den Deutschen auch von den Deutschen zugemutet wird. Die Sozialdemokratie weigert sich, die arbeitenden Menschen die Schuld büßen zu lassen, die der Großbesitz vor und nach 1933 auf sich geladen hat.

Es kommt darauf an, dem deutschen Volk ein neues nationales Selbstbewusstsein zu geben, gleich fern von dem frevelhaften Übermut der Vergangenheit und der heute weitverbreiteten Neigung, in jedem alliierten Wunsch eine Offenbarung europäischer Gesinnung zu sehen. Nur ein Volk, das sich selbst behauptet, kann ein wertvolles Glied einer größeren Gemeinschaft sein.

Bonn, am 28. Juli 1952

Kurt Schumacher

Ziele und Aufgaben

Die Menschheit steht am Beginn des Atomzeitalters. Kräfte sind entfesselt worden, die der Menschheit zu ungeahnter Entfaltung verhelfen, aber ebenso zu erbarmungsloser Zerstörung führen können. Die Menschheit steht vor der Selbstzerstörung, wenn es nicht gelingt, die machtpolitischen Gegensätze auf friedliche Weise zu überwinden. Zwei riesige Machtblöcke stehen, auch auf dem Boden des zerrissenen Deutschland, schwebewaffnet einander gegenüber. Totalitäre Herrschaftssysteme bedrohen die Demokratie und die Menschenrechte. Im größten Teil der Welt herrschen Hunger, Armut und soziales Elend. Viele Völker sind gegen Ausbeutung und koloniale Unterdrückung aufgestanden und kämpfen für ihre Unabhängigkeit und Gleichberechtigung.

Jeder einzelne, jede Klasse, jedes Volk ist zur Entscheidung aufgerufen.

An dieser Wende bekennt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entschiedener denn je zu den großen Ideen der Demokratie und des Sozialismus – zur Befreiung des Menschen aus unwürdiger sozialer Abhängigkeit und geistiger Hörigkeit, zu einer Gesellschaft des Friedens und der Gerechtigkeit.

Im vorigen Jahrhundert haben Marx und Engels wissenschaftliche Grundlagen für den Sozialismus geschaffen. Seit dieser Zeit haben sich die Bedingungen für den kämpfenden Sozialismus tiefgehend gewandelt. Die Wissenschaft hat uns die Natur, den Menschen und die Gesellschaft in ungeahnter Weise erschlossen. Organisation und Technisierung aller Lebensbereiche haben aber neue Abhängigkeiten geschaffen, sie gefährden die Freiheit des Menschen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands war stets bemüht, ihre Politik an der gesellschaftlichen Wirklichkeit und der geistigen Entwicklung zu überprüfen. Sie ist sich bewusst, dass sie ihre Ziele unter den gewandelten Bedingungen der Gegenwart verwirklichen muss. Sie wird dabei ihr Wesen und ihre Tradition niemals verleugnen. Sie hat im Kampf um die Menschenrechte und die Demokratie immer neue Generationen in sich vereint, ganz gleich, ob sie frei kämpfen konnte oder ob sie verleumdet und verfolgt Terror und Unterdrückung abwehren musste. Viele ihrer Forderungen hat sie in harten Kämpfen durchgesetzt. Das Gedenken an die unzähligen Opfer in diesem Kampf und an ihre großen Vorkämpfer Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle und August Bebel bis zu Kurt Schumacher, Hans Böckler und Ernst Reuter werden ihr immer Verpflichtung bleiben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertritt nicht Sonderinteressen einzelner Gruppen. Ihr Ziel ist die Neugestaltung der Gesellschaft im Geiste des Sozialismus. Er allein ermöglicht allen Menschen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Die Sozialisten kämpfen deshalb für die Gleichberechtigung aller Menschen und für ihre geistige, politische und wirtschaftliche Freiheit, die in der bestehenden Gesellschaft nicht verwirklicht werden kann.

Das Menschheitsziel des Sozialismus macht ihn zu einer internationalen Bewegung. Er anerkennt das Lebensrecht und die Freiheit jedes Volkes und jeder Gemeinschaft. Er allein kann die verhängnisvollen Wirkungen bloßer Machtpolitik und imperialistischer Herrschaftsmethoden durch eine Gemeinschaft freier Völker überwinden, die auf den Grundlagen der Vernunft, Toleranz und Gerechtigkeit ruht.

Eine neue Gesellschaft, die nicht auf Ausbeutung und Unterdrückung beruht, fällt uns nicht durch einen gesetzmäßigen Ablauf der Geschichte zwangsläufig in den Schoß. Nur durch zielklares und verantwortungsbewusstes Handeln können wir uns eine bessere Gesellschaft erkämpfen. Im Kampf gegen die sittliche Verflachung und den materialistischen Ungeist unserer machthungrigen und profitgierigen Zeit ist der sozialistischen Be-

wegung auch eine große sittliche und pädagogische Aufgabe gestellt. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen haben die Tendenz, ein Eigenleben zu entwickeln und bürokratisch zu erstarren. Es gilt, die Menschen zu befähigen, diese Gefahren zu erkennen und abzuwehren. Der Sozialismus wird also stets Aufgabe bleiben.

Die sozialistischen Ideen sind keine Ersatzreligion. Die sozialistische Bewegung stellt sich nicht die Aufgaben einer Religionsgemeinschaft. In Europa sind Christentum, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des sozialistischen Gedankengutes. Die Sozialdemokratie begrüßt die wachsende Erkenntnis vieler Christen, dass das Evangelium eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft einschließt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands weiß sich einig mit den Sozialisten aller Länder: Gleichviel, woher Sozialisten ihre Überzeugung ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel, »eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens«.

Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie diese Tradition bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

Um der Freiheit und Gerechtigkeit und des Weltfriedens willen wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands niemals bereit sein, das Selbstbestimmungsrecht der Völker den Interessen irgendwelcher Machtblöcke zu opfern. Deshalb kämpft sie für die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit.

Die Sozialdemokratie ist aus der Partei der Arbeiterklasse, als die sie entstand, zur Partei des Volkes geworden. Die Arbeiterschaft bildet dabei den Kern ihrer Mitglieder und Wähler. Der Kampf und die Arbeit der Sozialdemokratie aber liegen im Interesse aller, die ohne Rücksicht auf engherzig gehütete Vorrechte für soziale Gerechtigkeit, für politische und wirtschaftliche Demokratie, für geistige Freiheit und Toleranz, für nationale Einheit und internationale Zusammenarbeit eintreten.

Die nächsten Schritte zu diesem Ziel zeigt das hier vorgelegte Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie wird es verwirklichen, sobald ihr das deutsche Volk dazu den Auftrag erteilt. Auch in der Opposition bestimmt dieses Aktionsprogramm ihre Politik.

Außenpolitik

Die Einheit Deutschlands und der Friede

Das deutsche Volk hat besonders angesichts der Folgen des verheerenden Krieges die Aufgabe, gute Beziehungen zu den anderen Völkern herzustellen und ein politisches Klima zu schaffen, in dem die staatliche Einheit Deutschlands in Freiheit verwirklicht werden kann. Die in der Welt herrschenden Spannungen müssen friedlich gelöst werden. Nur so kann die Gefahr eines dritten Weltkrieges gebannt werden. Eine Politik der internationalen Entspannung verbessert auch die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Bundesrepublik muss sich deshalb darum bemühen, die Aufspaltung der Welt in feindliche Blöcke, die einander in Waffen starrend gegenüberstehen, überwinden zu helfen. Die Spaltung Deutschlands ist die Folge der Gegensätze zwischen den Besatzungsmächten. Sie dürfen daher nicht von ihrer Verantwortung für die Beseitigung der Spaltung entbunden werden. Die Bundesregierung muss verhindern, dass die Spaltung Deutschlands ein Dauerzustand wird. Sie hat vor allem die Aufgabe, sich ständig für die engsten menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der Bevölkerung in der sowjetisch besetzten Zone und in der Bundesrepublik einzusetzen.

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit ist die dringendste politische Forderung des deutschen Volkes. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird jeden Schritt ihrer Politik in den Dienst dieser Forderung stellen. Sie wird sich unablässig darum bemühen, dass die Voraussetzungen für freie Wahlen in allen Besatzungszonen und in Berlin geschaffen werden. Denn nur durch freie gesamtdeutsche Wahlen lässt sich die Einheit Deutschlands verwirklichen. Die freie gesamtdeutsche Regierung, die auf Grund dieser Wahlen gebildet wird, muss als gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag teilnehmen.

Die Regelung der Gebiets- und Grenzfragen Deutschlands bleibt diesem Friedensvertrag vorbehalten. Keine Regierung von Teilen Deutschlands darf durch Abmachungen mit den Besatzungsmächten Entscheidungen über diese Frage vorwegnehmen. Die Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt sie weder im Osten noch im Westen an.

Keine Bindung, die die Bundesrepublik beim Abschluss internationaler Verträge eingeht, darf die Wiedervereinigung Deutschlands zusätzlich erschweren. Vertragliche Verpflichtungen der Bundesrepublik müssen die Entscheidungsfreiheit einer zukünftigen deutschen Regierung ausdrücklich offenlassen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird die Parteien der Sozialistischen Internationale und die Völker der freien Welt unermüdlich daran erinnern, dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur eine Forderung der Deutschen ist, sondern ein Ziel jeder internationalen Politik sein muss, die den Frieden und die Freiheit Europas und der Welt erhalten und sichern will.

Internationale und europäische Zusammenarbeit

Getreu der völkerverbindenden Idee des Sozialismus setzt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Völker und Staaten zur gemeinsamen Sicherung des Friedens ein. Diese Politik der Völkerverständigung ist heute um so notwendiger, als durch die Entwicklung der modernen Waffen, insbesondere der Atom- und Wasserstoffbombe, die Vernichtung großer Teile der Menschheit, ja der Zivilisation überhaupt droht. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich für eine allgemeine, international kontrollierte Abrüstung ein, die die Menschheit vor einer Anwendung der Atomwaffen bewahrt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den freiheitlichen Auffassungen der demokratischen Völker. Es gibt für sie kein Zusammengehen mit dem sowjetischen Totalitarismus und seinen Hilfstrouppen. Mit aller Schärfe bekämpft sie aber auch die Bemühungen, die Freiheitsfront durch Einbeziehung faschistischer Kräfte zu demoralisieren. Die Bundesrepublik muss sich dafür einsetzen, dass der Westen die im sowjetischen Machtbereich lebenden Völker Mittel- und Osteuropas mit friedlichen Mitteln vor der völligen Isolierung vom normalen wirtschaftlichen und kulturellen Verkehr mit den übrigen Völkern Europas bewahrt.

Eine Politik der Entspannung der internationalen Gegensätze und der Anbahnung normaler diplomatischer und Handelsbeziehungen zu allen Staaten in Ost und West muss diesem Ziele dienen.

Die Sozialdemokratie wird alle Maßnahmen unterstützen, die geeignet sind, unterentwickelten Ländern zur Selbstbestimmung und zum sozialen

Aufstieg zu verhelfen. Die westliche Welt wird der Ausdehnung des kommunistischen Machtbereichs nur begegnen können, wenn sie neben der Bereitschaft zur militärischen Sicherung ihrer Freiheit in gemeinsamer Anstrengung aller Völker eine wirtschaftliche und soziale Offensive führt, die den in Not und nationaler Unfreiheit zurückgebliebenen Teilen der Welt eine Hoffnung auf Freiheit und Wohlstand geben kann. Das Zeitalter des Kolonialismus ist endgültig vorbei.

Im Rahmen dieser internationalen Politik erstrebt die Sozialdemokratie eine demokratische Neugestaltung Europas als Gemeinschaft gleichberechtigter Völker. Ziel ihrer Europapolitik ist die Hebung des Lebensstandards der europäischen Völker und damit die stetige Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Europa und die Schaffung eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebietes mit Freizügigkeit für Menschen, Waren und Nachrichten. Eine gesamteuropäische Politik der Vollbeschäftigung und der Abbau von Zöllen und wirtschaftlichen Handelsschranken, auch währungspolitischer Art, sind dazu erforderlich. Die Sozialdemokratie kämpft für Gleichberechtigung aller Partner in den internationalen und übernationalen Gemeinschaften. Es darf keine Vorrechte von Besatzungsmächten oder Benachteiligungen der Bundesrepublik mehr geben. Diese Gemeinschaften dürfen nicht zur Abkapselung gegenüber anderen Staaten und damit zu einer weiteren Aufsplitterung führen, die die engere Zusammenarbeit Europas und der Welt stört. Die Sozialdemokratie setzt sich darum dafür ein, bestehende Gemeinschaften (z.B. die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Europäischen Wirtschaftsrat, den Europarat) in vielfältige Beziehungen zueinander und zu Nicht-Mitgliedsstaaten zu bringen. Soweit Souveränitätsrechte auf internationale Einrichtungen übertragen werden, sind diese einer echten parlamentarisch-demokratischen Kontrolle zu unterstellen.

Über die Mitarbeit in den europäischen Institutionen hinaus erstrebt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ein Zusammenwirken der Bundesrepublik mit den Organisationen der Vereinten Nationen, so eng es deren Satzungen erlauben. Die Bundesrepublik muss ihrerseits versuchen, den Beistand der Vereinten Nationen zur Unterstützung lebenswichtiger deutscher Interessen zu erwirken. Die Bundesrepublik muss durch ihre Politik die Voraussetzungen für die Aufnahme Gesamtdeutschlands in die Vereinten Nationen schaffen.

Die Sozialdemokratie fordert energische Anstrengungen der westlichen Welt, mit dem derzeitigen Machtbereich der Sowjets zu Verhandlungen über die Errichtung regionaler Sicherheitssysteme im Rahmen der Satzung der Vereinten Nationen zu kommen. In einem allumfassenden System kollektiver Sicherheit soll auch das wiedervereinigte Deutschland auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Risiken seinen Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten. Deshalb fordert die Sozialdemokratie beharrliches Eintreten der Bundesrepublik für weitere Verhandlungen der Großmächte. Dabei müssen die europäische Sicherheit und die Wiedervereinigung Deutschlands als zusammengehörige Aufgabe behandelt werden. Die feste Eingliederung der durch die Besatzungsmächte getrennten Teile Deutschlands in westliche und östliche Bündnissysteme würde die Fortsetzung des Kalten Krieges unvermeidlich machen und die Bedrohung des Friedens vergrößern.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kennt die Gefahren, die von der sowjetischen Politik ausgehen. Für den Fall, dass wirksame Vereinbarungen zwischen östlicher und westlicher Welt nicht zu erzielen sind, die Gefahren für die Freiheit und den Frieden der Völker fortbestehen und die Einheit Deutschlands in einem umfassenden System kollektiver Sicherheit trotz aller Bemühungen nicht erreicht werden kann, erklärt sich die Sozialdemokratie bereit, unter folgenden Bedingungen an gemeinsamen Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und der Verteidigung der Freiheit auch mit militärischen Maßnahmen teilzunehmen:

1. dass die Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands unablässig fortgesetzt werden;
2. dass ein europäisches Sicherheitssystem im Rahmen der Vereinten Nationen angestrebt wird;
3. dass Verträge, durch die sich die Bundesrepublik zu militärischen Leistungen verpflichtet, durch die Bundesregierung kündbar sind, wenn sie zu einem Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands werden sollten; sie dürfen die künftige Regierung des wiedervereinigten Deutschlands nicht binden;
4. dass die Gleichberechtigung aller Teilnehmer und die Gleichwertigkeit der ihrem Schutz dienenden Sicherheitsvorkehrungen gewahrt bleiben;
5. dass die demokratisch-parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte gesichert ist.

Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft blockiert die Möglichkeit einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands. Er macht die demokratische Kontrolle der Armeen auch auf europäischer Ebene unmöglich. Er bietet Deutschland nicht die gleiche Sicherheit wie den anderen Vertragspartnern. Er gewährt der Bundesrepublik keine Gleichberechtigung bei den politischen und strategischen Entscheidungen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt also nach wie vor den EVG-Vertrag und die mit ihm gekoppelten Verträge ab. Falls das Vertragssystem in Kraft tritt, wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für seine radikale Revision eintreten.

Menschlichkeit für Kriegsgefangene und Verschleppte

Den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen muss im Geiste der Menschlichkeit geholfen werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Heimführung des letzten Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Aufklärung des Schicksals aller Vermissten und Verschollenen. Sie unterstützt die Bemühungen um eine großzügige Amnestie und um Gnadenerweise für die verurteilten kriegsgefangenen Deutschen. Die menschenwürdige Lösung des Problems der Kriegsgefangenen und Verschleppten und die Förderung der auf diesem Gebiet wirkenden humanitären Organisationen betrachtet die Sozialdemokratische Partei als eine politische Aufgabe der Bundesrepublik.

Soldaten des zweiten Weltkrieges dürfen nicht länger als Geiseln oder Faustpfand gefangengehalten werden, um für die Fehler der Politik und Diplomatie zu büßen. Die Nachwirkungen von Kollektivschuldbegriffen müssen im Interesse der Menschlichkeit wiedergutmacht werden. Alle von Militärgerichten gefällten Urteile sind unter maßgebender Teilnahme neutraler, völkerrechtlich erfahrener und anerkannter Persönlichkeiten zu überprüfen. Sühnen sollen nur die Gefangenen und Internierten, die sich gegen zur Zeit der Tat geltende Gesetze vergangen haben.

Die von den Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen nach Abschluss der Kriegshandlungen in der Gefangenschaft vollbrachten Arbeitsleistungen sind als Teil der deutschen Reparationsleistungen anzuerkennen. Die Sozialdemokratische Partei unterstützt die Forderung der Heimkehrer auf Zahlung einer angemessenen Entschädigung und sieht darin eine der Möglichkeiten zur Sicherung der Existenz der

Heimkehrer und zu ihrer Eingliederung. Die Zusammenführung befreiter Kriegsgefangener, verschleppter und internierter Zivilpersonen mit ihren Familien ist mit allen Mitteln zu fördern.

Berlin wieder Hauptstadt

Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gilt Berlin heute wie gestern als Hauptstadt Deutschlands. Bis zur Wiedervereinigung bleibt Berlin der Vorposten der Demokratie.

Berlin muss in jeder Hinsicht als Bundesland behandelt werden. Seiner besonderen Lage und seinen besonderen Aufgaben ist ohne kleinliche Vorbehalte Rechnung zu tragen. Die Berliner Abgeordneten zum Bundestag müssen direkt gewählt werden und volles Stimmrecht erhalten.

Der Bund muss dafür sorgen, dass Berlin seinen Menschen Arbeit und soziale Sicherung zu geben vermag. Die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten müssen ausgenutzt, die Berliner Wirtschaft ausgebaut und der soziale Wohnungsbau gefördert werden.

Bei der Auftragserteilung des Bundes, der Länder und Gemeinden wird Berlin maßgebend berücksichtigt. Die Wirtschaft muss ihrer Pflicht gegenüber Berlin nachkommen. Am Außenhandel und am Interzonenhandel soll Berlin stärkstens beteiligt werden.

Stärker als bisher müssen Bundesbehörden nach Berlin verlegt werden. Die Sorge des Bundes muss auch der Bevölkerung des Berliner Ostsektors gelten. Auf kulturellem Gebiet muss alles gefördert werden, was den geistigen Zusammenhalt mit der Bevölkerung der Sowjetzone erhält. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich weiter energisch um die Freilassung der politischen Gefangenen und Verschleppten in der Sowjetzone bemühen und dem Flüchtlingsproblem in Berlin besondere Aufmerksamkeit widmen.

Bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit muss die politische und staatsrechtliche Stellung Berlins bei außenpolitischen Verhandlungen gestärkt werden.

Innenpolitik

Die freiheitliche Republik

Die Ideen der Menschenwürde, der Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz und die Verpflichtung des einzelnen gegenüber der staatlichen Lebensgemeinschaft sind die Grundlagen jeder demokratischen Verfassung. Die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bürgt dafür, dass im öffentlichen Leben Freiheit der Meinung, Freiheit der Rede und Freiheit der politischen Betätigung herrschen werden. Es wird jedoch keine Freiheit geben, die Freiheit zu vernichten. Dafür ist es die Pflicht des Staatsbürgers, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik zu achten und zu verteidigen.

Das in Freiheit wiedervereinigte Deutschland soll ein Bundesstaat auf der Grundlage leistungsfähiger Länder sein.

Die Sozialdemokratie kämpft gegen jede bürokratische Überwucherung der Gesellschaft, die dazu geführt hat, die Rechte des Parlaments einzuzengen. Die Verwaltung muss daher demokratisch kontrolliert, einfach, klar und übersichtlich aufgebaut werden. Soziale Errungenschaften dürfen durch eine Verwaltungsreform nicht angetastet werden.

Bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands wird die Aktionsfähigkeit der provisorischen Bundesrepublik verstärkt und erweitert.

In Verfolg der Bemühungen um die deutsche Wiedervereinigung ist in Gesetzgebung und Verwaltung sicherzustellen, dass in deutscher Verantwortung keine Maßnahmen getroffen werden, durch die die Spaltung Deutschlands vertieft und jetzige oder ehemalige Bewohner des sowjetisch besetzten Gebietes benachteiligt werden.

Der Weg zur Einheit Deutschlands in Freiheit muss bei allen Beiträgen der Bundesrepublik zur Einigung Europas offenbleiben. Dies gilt auch für Verteidigungsmaßnahmen, soweit sie erforderlich sind. Die parlamentarisch-demokratische Kontrolle von Streitkräften ist verfassungsrechtlich zu sichern. In einem demokratischen Staat muss die bewaffnete Macht der dem Parlament verantwortlichen und von ihm berufenen Regierung untergeordnet sein.

Wehrpolitische und militärische Maßnahmen dürfen allein die Verteidigung der Freiheit und den Schutz der Bevölkerung zum Ziele haben. Streitkräfte haben nur diesem Zweck zu dienen.

Niemand darf gegen sein Gewissen zum Wehrdienst mit der Waffe gezwungen werden. Der Soldat muss ein freier und in seinen Grundrechten geschützter Staatsbürger sein.

Justiz

Der Sozialismus ist nicht denkbar ohne den Schutz der Freiheit des einzelnen und seiner sozialen Existenz gegen private und staatliche Willkür. Deshalb bejaht die Sozialdemokratische Partei Deutschlands den demokratischen Rechtsstaat und die Unabhängigkeit der Richter.

Die Rechtsprechung soll der Verwirklichung der demokratischen und sozialen Gerechtigkeit, insbesondere auch dem Schutz der Grund- und Freiheitsrechte im täglichen Leben dienen. Der Unabhängigkeit des Richters muss daher seine demokratische Verantwortung entsprechen.

Die gesamte Rechtsordnung muss den Erfordernissen einer modernen sozialen Demokratie angepasst werden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt für übersichtliche Gesetze und für eine lebensnahe, jedermann verständliche Gesetzessprache ein.

Strafrechtsreform

Die Strafrechtsreform muss davon ausgehen, dass das Strafrecht dem Schutze der elementaren Werte des Gemeinschaftslebens und der demokratisch-sozialen Ordnung zu dienen hat. Die Reform muss die sozialen, pädagogischen und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse unserer Zeit verwerten.

In der gesamten Strafrechtspflege ist zu unterscheiden zwischen dem Gelegenheitstäter, dem das Strafverfahren eine Warnung sein soll, dem angehenden Gewohnheitstäter, der durch zweckmäßige Maßnahmen gemeinschaftsfähig zu machen ist, und dem gefährlichen Täter, vor dem die Gesellschaft wirksam geschützt werden muss. Die Todesstrafe und unmenschliche Methoden der Verbrechensbekämpfung werden abgelehnt. Bei weitgehender Entlastung der Strafrechtspflege von dem Ballast geringfügiger Gesetzesverstöße soll das Strafverfahren den Rechtsschutz des Beschuldigten gewährleisten, aber auch dem Strafrichter die Möglichkeit geben, im Rahmen der Gesetze Aufgaben der Fürsorge und Sicherung zu erfüllen.

Die Reform des Strafvollzugs und eine moderne Umgestaltung des Gnadenrechts sind sozial-ethisch und kriminalpolitisch notwendig.

Justizreform

Durch eine umfassende Justizreform müssen Verfassung und Verfahren der Gerichte, die noch aus den Zeiten des Obrigkeitsstaates stammen, den Bedürfnissen des demokratischen und sozialen Rechtsstaates angepasst werden.

Richter und Staatsanwälte sollen nicht nur durch juristische Befähigung, sondern auch durch Lebenserfahrung, soziales Verständnis und eindeutig demokratische Gesinnung das Vertrauen aller Volksschichten gewinnen. Dies erfordert eine grundlegende Reform der juristischen Ausbildung. Insbesondere ist der rechtswissenschaftliche Unterricht durch das Studium der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge weiter auszubauen. Daneben muss dafür gesorgt werden, dass der Richterberuf qualifizierten Persönlichkeiten auch einen materiellen Anreiz bietet. In allen dazu geeigneten Zweigen der Rechtsprechung werden Männer und Frauen aus allen Berufen als ehrenamtliche Richter beteiligt.

Der Gerichtsaufbau wird vereinfacht. Die Einrichtung der Friedensgerichte ist weiter zu erproben. Das Gerichtsverfahren wird übersichtlich gestaltet und beschleunigt, vor allem ist die Zusammenfassung aller Familien- und Jugendsachen in einer Hand anzustreben. Die Entscheidungen sind allgemeinverständlich zu fassen.

Alle nicht im engeren Sinne richterlichen Funktionen sind auf andere Organe, insbesondere Rechtspfleger, zu übertragen, damit die Richter für ihre eigentlichen Aufgaben frei werden.

Freie Gemeinden im freien Volksstaat

Das Fundament jedes freiheitlichen demokratischen Staates sind freie Gemeinden, die in eigener Verantwortung dem Wohle ihrer Bürger dienen. Deshalb müssen die Grund- und Freiheitsrechte der deutschen Selbstverwaltung in den Städten und Landgemeinden verfassungsrechtlich gesichert und ihre soziale, wirtschaftliche, kulturelle und finanzielle Leistungsfähigkeit wiederhergestellt werden.

Die im Grundgesetz ausgesprochene allgemeine und formale Garantie der Selbstverwaltung hat sich als unzureichend erwiesen. Durch eine Erweiterung des Grundgesetzes müssen Gemeinden und Gemeindeverbände neben Bund und Ländern als dritte Säule im Staatsaufbau anerkannt werden.

Erster Schritt auf diesem Wege ist ein sozialer Finanzausgleich: Gemeinden und Gemeindeverbände werden neben Bund und Ländern Partner des Finanzausgleichs sein. Angemessene Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer werden der gemeindlichen Finanzausgleichsmasse zugeführt. Die Realsteuern bleiben den Gemeinden garantiert.

Die demokratische Selbstverwaltung in den Gemeinden wird ausgebaut. Dazu sind fortschrittliche kollegiale Gemeindeverfassungen mit der Gemeindevertretung als oberster Beschlussinstanz erforderlich. Die ehrenamtlichen Kräfte in der Gemeindeverwaltung sollen stärker zur Geltung kommen und die Bürger mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden.

Die Eigenverantwortung der Gemeinden und Gemeindeverbände wird erhöht. Die Aufgaben von Sonderbehörden werden weitgehend auf die kommunale Selbstverwaltung übertragen. Die Staatsaufsicht wird sich auf die Nachprüfung der Rechtmäßigkeit der Verwaltungsakte beschränken. Der Rechtsschutz der Gemeinden wird durch Verfassungsgerichte sichergestellt.

Der Anspruch der Gemeinden auf langfristige Kredite wird anerkannt.

Die kommunalen Kreditinstitute sollen sich auf ihre eigentlichen Funktionen der Finanzierung gemeindlicher und wirtschaftlicher Aufgaben im kommunalen Raum konzentrieren.

Die kommunale Versorgungs- und Verkehrswirtschaft wird wirtschaftlich und technisch ausgebaut. Ihre gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen werden gegen Privatisierungsversuche geschützt.

Von ihrer eigentlichen Aufgabe, das Wohl aller Bürger zu sichern, sind die Gemeinden durch die Zerstörungen des letzten Krieges, durch den Nachholbedarf und durch die finanzielle Benachteiligung im Finanzausgleich und bei der Verteilung der Steuermasse mehr und mehr abgedrängt worden. Die Leistungsfreiheit der Gemeinden wird wiederhergestellt.

Öffentlicher Dienst ist Dienst am Volk

Eine demokratische Verwaltung erfordert, dass alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf soziale Herkunft, Bekenntnis, Geschlecht und Rasse gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Dienst und gleiche Aufstiegsmöglichkeiten haben.

Die Einstellung von Bewerbern aus dem freien Erwerbsleben wird gefördert. Die von den Nationalsozialisten Gemaßregelten werden bevorzugt wiederingestellt.

Der Beamte ist Diener des Volkes. Nur wer sich zur demokratischen Grundordnung und zu der im Grundgesetz verankerten parlamentarischen Demokratie bekennt, wer zur Verwirklichung der Demokratie auf allen Lebensgebieten beiträgt und wer zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten bereit ist, wird im öffentlichen Dienst beschäftigt werden. Dies gilt insbesondere für die Träger der Rechtsprechung und der Exekutive, wie Polizei und Grenzschutz.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich vor alle stellen, die dem demokratischen Staat aufrichtig und vorbehaltlos dienen. Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürfen sich politisch betätigen und gewerkschaftlich organisieren. Sie erhalten das Mitbestimmungsrecht mit den Abweichungen, die sich aus dem Wesen des öffentlichen Dienstes und den Rechten der Parlamente ergeben.

Grundlage für die Einstellung, Beförderung und Besoldung ist die Leistung.

Die Ehrenschild des deutschen Volkes

Die Wiedergutmachung des vom Nationalsozialismus begangenen Unrechts ist eine Ehrenschild des deutschen Volkes und eine der grundlegenden Voraussetzungen jeder demokratischen Erneuerung. Sie wird beweisen, dass das deutsche Volk die in seinem Namen begangenen Verbrechen verurteilt.

Ausreichende Mittel müssen bereitgestellt werden, um alsbald die in den Wiedergutmachungsgesetzen vorgesehene und jahrelang verzögerte Entschädigung und Hilfe zu leisten. Die bestehenden Gesetze müssen beschleunigt verbessert werden.

Wirtschaftspolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik

- die Gleichheit wirtschaftlicher Startbedingungen,
- die Sicherung des Arbeitsplatzes,
- die Überwindung jeglicher Ausbeutung,
- die Steigerung des Sozialprodukts,
- die gerechtere Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages.

Damit soll erreicht werden: die Sicherung eines erhöhten Lebensstandards und die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es

- einer aktiven, auf Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung gerichteten Wirtschaftspolitik,
- einer Neuordnung des Wirtschaftsablaufs durch Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Wettbewerb,
- einer Einkommenspolitik zugunsten der wirtschaftlich Schwachen,
- der Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum,
- des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer,
- der Bekämpfung des unkontrollierten Einflusses von Interessengruppen auf die Wirtschaftspolitik.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird damit den Arbeitern, Angestellten und Beamten, den geistig und den freiberuflich Schaffenden, den Bauern und Handwerkern, den Kaufleuten und Gewerbetreibenden, den Invaliden und Rentnern helfen. Die Wirtschaftspolitik des freiheitlichen Sozialismus dient allen, die vom Ertrage ihrer Arbeit leben, und allen, die in der heutigen Gesellschaft die Schwächeren sind.

Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung

Die Eingliederung aller Arbeitswilligen in den Produktionsprozess verlangt eine aktive Konjunkturpolitik, die alle Wirtschaftskräfte mobilisiert. Eine entsprechende Strukturpolitik hat besonders in den Wirtschaftsbereichen einzusetzen, die hinter der volkswirtschaftlich notwendigen Entwicklung zurückgeblieben sind.

Diesem Ziel dienen folgende Maßnahmen:

- Rationalisierung und Modernisierung der Grundstoffindustrien (Kohle, Eisen, Energie) und des Verkehrswesens (Eisenbahn- und Straßenverkehr, Schifffahrt), Aufbau einer Zivilluftfahrt;
- verstärkter Wohnungsbau in den Zentren des Arbeitskräftebedarfs und Aufbau neuer lebensfähiger Industrie- und Gewerbebetriebe in den Zentren der Arbeitslosigkeit, insbesondere in den Zonenrandgebieten;
- bessere Verbindung der notleidenden Randgebiete mit den Zentren der industriellen Produktion durch planmäßige Verkehrspolitik;
- Zusammenfassung der zersplitterten Arbeitsbeschaffungs-, Notstands- und Schwerpunktprogramme in einem einheitlichen Investitionsprogramm im Rahmen des Nationalbudgets (volkswirtschaftlicher Gesamthaushalt).

Planung und Wettbewerb

Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig.

Die Sozialdemokratie lehnt die Zwangswirtschaft ab und bejaht die freie Konsumwahl. Sie wird den echten Leistungswettbewerb in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen fördern. Soweit die moderne arbeitsteilige Wirtschaft Marktwirtschaft ist, ist sie von sich aus noch keine sozial fortschrittliche und gerechte Marktwirtschaft. Es bedarf dazu insbesondere einer aktiven Wettbewerbspolitik aus einem Guss: Gewerbefreiheit, gleicher Schutz für alle wettbewerbsfördernden Unternehmenstypen, gesetzliche Beschränkungen und Kontrolle marktbeherrschender Unternehmen, Genehmigungspflicht und öffentliche Aufsicht für alle wettbewerbsbeschränkenden Zusammenschlüsse, wirksame Verhinderung des unlauteren Wettbewerbs, Reform des Gesellschaftsrechts, vor allem zum Zweck einer ausreichenden Publizität und Durchsichtigkeit, Ordnung des Werbewesens, Schutz der Verbraucher, ihre Aufklärung und Beratung, Sicherung der freien Konsumwahl. Der Wettbewerb der Unternehmen muss ergänzt werden durch eine volkswirtschaftliche Planung, damit in wechselnden Wirtschaftssituationen die Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gesichert ist.

Eine Politik der Vollbeschäftigung und Produktivitätssteigerung erfordert die wirksame Zusammenfassung der obersten Instanzen der Wirtschaftspolitik (Ministerien für Wirtschaft, für Finanzen, für wirtschaftliche Zusammenarbeit, für Landwirtschaft und Ernährung, für Arbeit, für

Wohnungsbau, für Verkehr, für Angelegenheiten der Vertriebenen, des Zentralbanksystems). Aufgabe dieses Gremiums ist die alljährliche Aufstellung des Nationalbudgets und seine ständige Überprüfung. Das Nationalbudget muss dem Parlament vorgelegt werden. Eine planvolle Wirtschaftspolitik hat vor allem die Entwicklung der Volkswirtschaft als Ganzes zu beeinflussen. Produktion, Volkseinkommen, Konsum- und Sparrate, Ein- und Ausfuhr müssen dauernd beobachtet werden. Bei drohenden Gleichgewichtsstörungen werden rechtzeitig wirtschaftspolitische Gegenmaßnahmen getroffen. Zu diesem Zwecke muss, wie in anderen modernen Industriestaaten, ein konjunkturpolitisches Instrumentarium entwickelt werden.

Aufgaben und Aufbau der Notenbank werden durch ein Bundesnotenkbankgesetz geregelt; darin wird die Bundesnotenbank in ihrer Geld-, Kredit- und Zinspolitik an die Grundlinien des Nationalbudgets gebunden. Zur Wahrung ihrer währungspolitischen Aufgabe erhält sie das Recht, überall da einzugreifen, wo eine inflationistische Entwicklung droht oder die Außenwährung gefährdet ist.

Vollbeschäftigung und eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur bedürfen einer zielbewussten Kapitalmarktpolitik und Kapitallenkung im Rahmen des Nationalbudgets. Durch geeignete gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen – Steuerpolitik, Kreditpolitik usw. – wird die für die Durchführung der Investitionspolitik erforderliche Kapitalbildung gesichert. Dazu ist für ein angemessenes Verhältnis zwischen der Kapitalbildung über den Kapitalmarkt, unter besonderer Förderung des Kleinsparens, und der Kapitalbildung durch die öffentliche Hand Sorge zu tragen. Ein ungesundes Maß der Selbstfinanzierung von Investitionen aus Gewinnen wird zugunsten der Finanzierung über den Kapitalmarkt, insbesondere über die gemeinnützigen öffentlichen und privaten Kapitalsammelstellen, und – soweit volkswirtschaftlich geboten – zugunsten der Kapitalversorgung durch die öffentliche Hand eingeschränkt.

Die Anlagepolitik der Kapitalsammelstellen wird den Grundlinien des Nationalbudgets angepasst. Emissionen werden den Vorschriften eines verbesserten Kapitalverkehrsgesetzes unterworfen, das gleichfalls nach den Grundlinien des Nationalbudgets angewandt wird. Soweit erforderlich, werden die Zinssätze für die im Investitionsprogramm vorgesehenen Investitionen nach Wirtschaftszweigen differenziert.

Eine solche zielbewusste Geld- und Kapitalmarktpolitik setzt neben einer gesunden Währung eine entsprechende Außenwirtschaftspolitik voraus. Zur ausreichenden Versorgung mit Rohstoffen und zur Ergänzung

der Ernährungsgrundlage unseres Volkes ist ein weiterer Ausbau des Außenhandels unter Abbau der Handelsschranken notwendig. Zur Wiedergewinnung der östlichen Absatzgebiete müssen besondere Anstrengungen gemacht werden.

Die Außenwirtschaftspolitik wird von vornherein so eingestellt werden, dass sie eine echte europäische Wirtschaftsgemeinschaft fördert. Eine Politik, welche die Konvertibilität der Währungen herbeiführt und sichert, muss mit einer Politik der Vollbeschäftigung verbunden sein.

Einkommensverteilung

Die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erstrebte Steigerung des Lebensstandards soll dem ganzen Volk zugute kommen. Dies erfordert, dass das Sozialprodukt nicht nur vergrößert, sondern auch gerechter verteilt wird.

Eine solche Verteilung des Einkommens bewirkt zugleich eine bessere Zusammensetzung des Sozialprodukts; es werden mehr Güter für die Befriedigung des sozial dringendsten Bedarfs erzeugt. Nach den Jahren einer aufs äußerste gesteigerten Investitionstätigkeit zum Neuaufbau des produktiven Volksvermögens, der – überwiegend durch Selbstfinanzierung durchgeführt – den Sachwertbesitz in ungerechter Weise begünstigte, ist jetzt die Erhöhung der Konsumrate anzustreben.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lehnt die mechanische Angleichung der Einkommen ab. Höhere Leistung soll durch höheres Einkommen anerkannt werden. Die heutige Verteilung des Volkseinkommens und des Volksvermögens ist jedoch nicht in erster Linie das Ergebnis von Fleiß und Tüchtigkeit, sondern sehr weitgehend ein Resultat blinder Zufälle, politischer Gewalt, massenhafter Vermögensvernichtung und ökonomischer Ausbeutung. Dies zeigen besonders die Lebenslage der Vertriebenen und sonstigen Kriegsoffer und die unzureichende Höhe des Arbeitslohnes. Daher wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Verteilungspolitik treiben, die sich nach dem Grundsatz »Gleicher Start für alle« die Berichtigung der Startverhältnisse im volkswirtschaftlichen Wettbewerb zum Ziel setzt. Sie wird für eine befriedigende ökonomische Eingliederung der neuen Bevölkerungsgruppen und des Nachwuchses sorgen, den Arbeitsunfähigen den Rechtsanspruch auf eine menschenwürdige Existenz sichern sowie denjenigen, die im öffentlichen Dienst stehen, einen angemessenen Lebensunterhalt bieten.

Die Forderung gleicher Startverhältnisse setzt voraus, dass den jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Lage die Ausbildung ermöglicht wird, für die sie nach Anlage und Leistung geeignet sind.

Eine gerechte Einkommensverteilung ist ohne eine wesentliche Förderung der Eigentumbildung bei den bisher Vermögenslosen nicht möglich.

Dem Ziele einer gerechteren Einkommensverteilung sollen neben aktiver Beschäftigungspolitik und umfassender sozialer Sicherung der wirtschaftlich Schwachen unter anderen folgende Maßnahmen dienen:

- Bekämpfung der Armut, unter der Millionen von Staatsbürgern leiden, durch Erhöhung der Sozialbezüge und Eingliederung auch der beschränkt Arbeitsfähigen in den Produktionsprozess auf Grund des Sozialplanes;
- gesetzliche Sicherung angemessener Löhne und Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmergruppen in besonders schwacher Position;
- Förderung einer Lohnpolitik, die die Löhne in ein angemessenes Verhältnis zu den Einkommen aus Gewinnen sowie Kapital- und Bodenrenten bringt. Sie muss die Möglichkeit ausschöpfen, welche die im Vergleich mit anderen Industrieländern geringe Höhe der Löhne in der Bundesrepublik bietet;
- steuerpolitische Maßnahmen, durch die die Mängel der Einkommensverteilung gemildert werden;
- Begünstigung aller Einrichtungen, durch die auch »kleine Selbständige« inmitten der heutigen, weitgehend großbetrieblich organisierten Volkswirtschaft wettbewerbsfähig gemacht werden;
- aktive staatliche Wettbewerbspolitik;
- soziale Preispolitik, die mit Hilfe einer ständigen Preisbeobachtung jeden Preiswucher schärfstens bekämpft;
- reichliche Marktversorgung mit Konsumgütern und eine Einfuhrpolitik, die ungerechtfertigte Preissteigerungen verhindert;
- Förderung von Unternehmen, die den Wettbewerb beleben und dadurch preisregulierend wirken. Dazu gehören die Genossenschaften, insbesondere die Konsumgenossenschaften.

Privateigentum und Gemeineigentum

Die Sozialdemokratie wird das kleine und mittlere Privateigentum fördern; diese Eigentumpolitik ermöglicht die wirtschaftliche Existenz einer breiten Schicht von selbständig Schaffenden. Zugleich wird die Sozialde-

mokratie eine aktive Eigentumspolitik zugunsten der wirtschaftlich Unselbständigen einleiten.

Eine dem volkswirtschaftlichen Bedarf entsprechende Versorgung mit Roh- und Grundstoffen, insbesondere mit Kohle, Eisen, Stahl und Energie, ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Diese Versorgung ist nur durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum zu sichern. Allein dadurch werden eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen ermöglicht. Nur so wird auch verhindert, dass Wirtschaftszweige von dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung privatkapitalistischen Interessen dienen und wieder zu politischen Zwecken missbraucht werden.

Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft um so mehr geboten, als durch Machtspruch der Alliierten eine zerstörerische Entflechtung durchgeführt, durch Beitritt Deutschlands zum Schumanplan die Benachteiligung der westdeutschen Kohle- und Eisenwirtschaft vertraglich festgelegt und damit Schäden angerichtet wurden, die durch eine Sozialisierung wenigstens zum Teil ausgeglichen werden können.

Demokratie auch in der Wirtschaft

In der gegenwärtigen Wirtschaft üben die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierte Alleinherrschaft aus. Eine demokratische Wirtschaftsordnung verlangt die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in sozialen, personellen, vor allem aber wirtschaftlichen Fragen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt daher die Bestrebungen der Gewerkschaften, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, die völlige Anerkennung des Wertes und des Rechtes der Arbeit durchzusetzen und die Gleichberechtigung aller Arbeitnehmer in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu erreichen. Sie bejaht die Einheitsgewerkschaft, die ohne Unterschied der parteipolitischen und religiösen Auffassungen alle Arbeitnehmer vereinigt.

In allen Aufsichtsorganen von Unternehmungen müssen die Arbeitnehmer paritätisch vertreten sein. Sie müssen das Recht haben, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften auch solche Männer und Frauen in die Aufsichtsorgane zu entsenden, die nicht Betriebsangehörige sind.

Das Recht auf Mitbestimmung kann nicht ersetzt werden durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Gewinn der Unternehmen.

Betriebe werden nicht schon dadurch demokratisiert, dass sie in Gemeineigentum übergehen. Entscheidend ist ihre Betriebsverfassung. Für alle gemeinwirtschaftlichen Betriebe soll das Mitbestimmungsrecht unter Beachtung der Rechte ihrer besonderen Kontrollinstanzen gelten.

Die Arbeitnehmer müssen in den Kammern des Handwerks, der Landwirtschaft und der Wirtschaft vertreten sein. Ein Bundeswirtschaftsrat soll die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat beraten. Das Recht der Gesetzgebung steht ausschließlich dem Parlament zu.

Nach 1945 haben einzelne Bundesländer, meist solche mit sozialdemokratischer Mehrheit, Gesetze erlassen, in denen die Mitbestimmung geregelt wurde. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekämpft die Verschlechterung dieser Gesetzgebung durch das vom Bundestag beschlossene Betriebsverfassungsgesetz. Sie wird um ein Gesetzeswerk kämpfen, das den Neubau unserer Wirtschaft im demokratischen Sinne ermöglicht.

Die Mittelschichten in der Wirtschaft

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Bedeutung all derer bewusst, die in kleinen und mittleren Betrieben des Handwerks, des Handels, des übrigen Gewerbes und in den freien Berufen selbständig tätig sind.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Gruppen wird durch eine gesetzlich geordnete Berufsausbildung gestärkt, soweit ein öffentliches Interesse besteht.

Für das Handwerk gilt der gesetzlich verankerte Befähigungsnachweis.

Arbeitsmarktforschung und Berufsberatung sollen den Nachwuchs für die einzelnen Berufe sichern helfen.

Die Mittelschichten werden bei Auftragsvergebung der öffentlichen Hand nach ihrer Bedeutung berücksichtigt.

Klein- und Mittelbetriebe werden unter dem Gesichtspunkt volks- und betriebswirtschaftlicher Kostenersparnis durch gewerbefördernde Maßnahmen rationell gestaltet.

Die sich aus dem gegenwärtigen Stand von Wirtschaft und Technik ergebenden Umstellungs- und Rationalisierungsmaßnahmen erfordern größere Kreditmittel. Die heute übliche Kreditpraxis verlangt übersteigerte und zum Teil unerfüllbare Sicherungen. Deshalb müssen mehr als bisher

Personalkredite gewährt werden. Die persönliche Leistung und die Zuverlässigkeit des Kreditnehmers müssen die wichtigsten Voraussetzungen für den Personalkredit sein.

Durch diese Maßnahmen werden auch für Unselbständige die Möglichkeiten zur Gründung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen verbessert.

Landwirtschaft und Ernährung

Die Schaffenden in Landwirtschaft und Industrie sind eine große Interessengemeinschaft. Steigendes Realeinkommen der städtischen Bevölkerung sichert der Landbevölkerung die Absatzmöglichkeiten für eine steigende Produktion. Steigende Kaufkraft der Landbevölkerung sichert einen stetig sich erweiternden Absatz für industrielle Erzeugnisse.

Die Sozialdemokratie lehnt deshalb eine Politik ab, welche die Gegensätze zwischen Stadt und Land vertieft; sie wirbt für eine bessere Verständigung der Erzeuger und Verbraucher untereinander. Sie setzt sich für eine Agrarpolitik ein, die der Landwirtschaft hilft, ihre Leistungen und somit ihr Einkommen zu erhöhen. Dadurch wird die Ernährung des Volkes verbessert, und es werden gesündere soziale und wirtschaftliche Verhältnisse auf dem Lande erreicht. Eine Leistungssteigerung der bäuerlichen Betriebe, insbesondere der kleinen Familienbetriebe, ist auch zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Markt notwendig.

Bodenpolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt das Privateigentum an Grund und Boden für alle Menschen an, die mit ihrer und ihrer Familie Arbeitskraft entscheidend zur vollen Entfaltung der Leistungsfähigkeit des Betriebes beitragen. Nur eine bäuerliche Landwirtschaft, in der das Eigentum an Grund und Boden die Grundlage wirtschaftlicher und sozialer Freiheit ist und in der der Ertrag der Arbeit am Boden ungeschmälert denen zugute kommt, die diese Arbeit tatsächlich leisten, kann die Aufgabe der Leistungssteigerung erfüllen.

Die Bodenpolitik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dient der Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft. Sie will möglichst viele selbständige und lebensfähige Familienbetriebe schaffen und die wirt-

schaftliche Zukunft der Kleinbetriebe sichern, die über zu wenig Land verfügen. Die in den Ländern erlassenen Bodenreformgesetze werden deshalb durch Bundesgesetz vereinheitlicht und verbessert.

Nutzflächen und Betriebe, die von privaten Bodenbesitzern seit mehr als 30 Jahren verpachtet sind, sollen auf Antrag in das Eigentum der sie bearbeitenden Pächter gegen eine angemessene Entschädigung übergeführt werden können. Härten sind dabei zu vermeiden.

Das Boden- und Erbrecht darf weder Privilegien aufrechterhalten noch schaffen; es soll die Besitzersplitterung unter die Größe eines Familienbetriebes verhindern.

Die Bodenverkehrsvorschriften sollen frei werdenden Boden den Betrieben zuleiten, die durch eine Aufstockung zu vollwertigen Familienbetrieben gestaltet werden können.

Hebung der landwirtschaftlichen Leistung

Die Steigerung der Leistung und des Einkommens der Landwirtschaft kann nur durch eine Erhöhung der Flächen- und Arbeitsproduktivität erreicht werden. Für die Finanzierung der dazu notwendigen Förderungsmaßnahmen müssen ausreichende Mittel in den Haushalten des Bundes und der Länder bereitgestellt werden.

Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsleistung und die Intensivierung der Bodenbearbeitung ist eine durchgreifende Flurbereinigung, bei der die bisherigen gesetzlichen Verfahren zeitlich abgekürzt und technisch vereinfacht werden.

Die Einengung der Hoflage in vielen Dörfern lässt keine Modernisierung der Scheunen und Stallbauten zu, so dass eine rationelle Viehwirtschaft nicht möglich ist. Eine Dorfauflockerung ist daher ebenso notwendig wie eine Flurbereinigung.

Um die Erzeugung zu steigern, müssen in vielen Gegenden Deutschlands landwirtschaftliche Nutzflächen durch örtliche und größere, über die Grenzen von Gemeinden und Kreisen hinausgehende Ent- und Bewässerungsmaßnahmen verbessert werden.

Technik und Mechanisierung der Arbeit in Haus, Hof, Stall und auf den Äckern und Grünflächen sind in allen, besonders aber in den kleinbäuerlichen Betrieben, wo sie am weitesten zurückgeblieben sind, weiterzuentwickeln. Anlagen und Einrichtungen, die einem gemeinsamen Interesse dienen, sind weitgehend zu unterstützen.

Der Erfolg aller Förderungsmaßnahmen ist abhängig von der Anwendung fortschrittlicher Betriebsmethoden. Deshalb kommt der Entwicklung des landwirtschaftlichen Ausbildungs- und Beratungswesens besondere Bedeutung zu. Hierzu gehören:

- allgemeine Durchführung der ordentlichen Landwirtschaftslehre mit Abschlussprüfung,
- Ausbau der landwirtschaftlichen Berufsschulen und Fachschulen,
- Ausdehnung der Betriebsberatung auf alle bäuerlichen Betriebe; ihre Einrichtung und Finanzierung ist eine öffentliche Aufgabe.

Die Aufsplitterung der landwirtschaftlichen Produktion in eine sehr große Zahl von Betrieben macht deren genossenschaftlichen Zusammenschluss zum Bezug von Produktionsmitteln, zur gemeinsamen Verwendung von Maschinen und zum Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse notwendig. Das Genossenschaftswesen muss daher erweitert werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will das soziale Niveau der Landarbeit heben und den Landarbeitern in stärkerem Maße als bisher die Familienbildung ermöglichen. Die Herstellung der Lohnparität zwischen Land- und Industriearbeit und der verstärkte Bau von Heimstätten für Landarbeiter in Eigenbesitz oder in Gemeindeeigentum sind dazu notwendig.

Sicherung der Preise und des Absatzes

Die landwirtschaftliche Produktion ist auf eine Stabilität der Betriebsführung und der sie bedingenden Verhältnisse angewiesen. Das Preisniveau für landwirtschaftliche Erzeugnisse muss deshalb reguliert werden. Der Absatz der Landwirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sind durch staatliche Einfuhr- und Vorratsstellen und andere Mittel der Marktordnung zu sichern. Jede Bürokratisierung und jeder Missbrauch der Marktordnung ist zu verhindern.

Zur Sicherung des Arbeitsertrages der Erzeuger und zum Schutz der Kaufkraft der Verbraucher sind energische Maßnahmen zur Beseitigung von volkswirtschaftlich ungerechtfertigten Verarbeitungs- und Handelspreisen erforderlich. Die Verkürzung des Weges der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher ist eine besonders dringliche Aufgabe. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb für eine Erweiterung der schon

bestehenden Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften mit den Verbrauchergenossenschaften ein.

Hebung der sozialen und kulturellen Verhältnisse auf dem Lande

Die Bildungsmöglichkeiten für Jugend und Erwachsene auf dem Lande müssen denen in den Städten angeglichen werden. Deshalb ist das ländliche Schulwesen gründlich zu verbessern; die Zahl der ländlichen Volkshochschulen ist zu vermehren.

Von allen in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen sind die Hausfrauen am stärksten belastet. Alle Maßnahmen und Einrichtungen, die zu ihrer Entlastung beitragen, werden nachhaltig gefördert.

In vielen Gegenden haben die in abgelegenen Dörfern und Einzelgehöften wohnenden Menschen kaum die Möglichkeit, in andere Gegenden, Städte und Dörfer zu kommen, um am geistigen und kulturellen Leben der Gesamtheit teilzunehmen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich deshalb für eine Verbesserung der ländlichen Verkehrsverhältnisse und für eine stärkere Unterstützung der kulturellen Bestrebungen der Landbevölkerung ein.

Gemeinwirtschaftliche Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik wird von der Wirtschaftspolitik her bestimmt. Die Eigenart des Verkehrsmarktes erfordert eine straffe Ordnung.

Die Verkehrsordnung soll auch den Gefahren des wirtschaftlichen und sozialen Gefälles entgegenwirken, das sich in den letzten Jahren durch die Schwerpunktverlagerung unserer Volkswirtschaft nach den westlich gelegenen Industriezentren ergeben hat. Ferner muss die Verkehrspolitik mindestens die gegenwärtige Siedlungs- und Industrie-Dezentralisation außerhalb der Großstädte und Verkehrsknotenpunkte aufrechterhalten. Die Verkehrsordnung muss folgende gemeinwirtschaftliche Elemente enthalten:

- ausreichende Bedienung verkehrsschwacher Räume;
- einheitliche Verkehrstarife in verkehrsschwachen und verkehrsensitiven Räumen;

- tarifliche Begünstigung von großen Entfernungen (»degressive Entfernungsstaffel«) und von Rohstoffen und Halbfertigfabrikaten (»Wertstaffel« nach Preis und Belastbarkeit des Gutes);
- Sozialtarife für Berufsverkehr;
- Beförderungspflicht und Tarifzwang.

Diese gemeinwirtschaftlichen Grundsätze sind in den letzten Jahren stark vernachlässigt worden. Sie sind im Eisenbahnverkehr wiederherzustellen und auf den Kraftfernverkehr auszudehnen. Eine Verstaatlichung des Güterkraftverkehrs wird jedoch ebenso abgelehnt wie die Errichtung eines Abfertigungsmonopols in den Händen der Eisenbahn. Statt dessen ist der Zusammenschluss des Kraftfernverkehrs zu einer Selbstverwaltungskörperschaft öffentlichen Rechts auf der Basis der bestehenden Genossenschaften anzustreben. Diese Lösung belässt das erforderliche Maß an Wettbewerb zwischen Schiene und Straße, das die Vorteile des technischen Fortschritts sichert.

Für Schiene und Straße sind gleiche Startbedingungen zu schaffen. Der Kraftverkehr soll die auf ihn entfallenden Straßenaufwendungen durch spezifische Steuerleistungen selbst decken. Die Höhe dieser Aufwendungen muss endlich ermittelt werden. Wenn gleiche Startbedingungen hergestellt sind, werden die Tarife von Schiene und Straße auf der Grundlage der Kostenstrukturen der beiden Verkehrsträger neu aufgebaut. Die sich daraus ergebenden Unterschiede der Tarife werden zu der volkswirtschaftlich zweckmäßigen Verteilung der Transporte auf die Verkehrsträger führen. Die freie Wahl des Transportmittels muss gewahrt bleiben. Starre Aufteilung des Verkehrs durch staatlichen Zwang wird abgelehnt.

Die Sozialdemokratie will den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt auch im Verkehr. Bei der gegenwärtig unzureichenden Ausstattung mit Verkehrswegen ist jedoch die Vernachlässigung vorhandener Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahn, nicht zu verantworten. Die Motorisierung und die Entwicklung des Straßennetzes müssen aufeinander abgestimmt sein. Die entscheidenden Engpässe des Straßennetzes liegen in den Gemeindestraßen, insbesondere in den Großstädten. Die Herstellung einer ausreichenden Sicherheit des Straßenverkehrs, vor allem durch verkehrspolizeiliche Vorschriften, ist dringend erforderlich.

Bisher ist das Verkehrswesen in der Bundesrepublik vernachlässigt worden. Deshalb sind für eine Reihe von Jahren umfangreiche Investitionen im Straßenbau, für den Nachholbedarf der Eisenbahn, im öffentlichen Personen-Nahverkehr (Straßenbahn usw.) und in der Seeschifffahrt erfor-

derlich. Dieser Investitionsbedarf ist im Rahmen einer allgemeinen Investitionspolitik zu decken.

Eine sozialdemokratische Verkehrspolitik geht nicht von der Vorstellung eines gegebenen Verkehrsvolumens aus, das auf die verschiedenen Verkehrsträger aufzuteilen wäre. Sie erstrebt im Rahmen einer allgemeinen Vollbeschäftigungspolitik eine ständige Ausweitung des Verkehrsvolumens. Dadurch wird die Lösung des Verkehrsproblems erleichtert.

Gesunde Wohnungen für alle

Die Wohnungsbauleistung muss in ihrem Gesamtumfang weiterhin erhöht werden. Zugleich muss sie durch Herstellung besserer und geräumigerer Wohnungen auch in ihrer Qualität gesteigert werden. Der soziale Wohnungsbau hat in den letzten Jahren immer weniger den wirtschaftlich schwachen Volksschichten gedient. Dieser Wohnungsbau für die Minderbemittelten muss wieder einen größeren Anteil am gesamten Wohnungsbau erhalten. Er hat den Vorrang. Diese Grundsätze müssen die Kapitalversorgung der Wohnungswirtschaft bestimmen. Nur dann kann auf die Dauer erreicht werden, dass sich die Wohnungswirtschaft in sozial befriedigender Weise selbst trägt.

Durch Neu- und Altwohnungen insgesamt soll der Bedarf so gedeckt werden, dass endlich jedem Haushalt, besonders den Familien mit Kindern, eine menschenwürdige Wohnung zur Verfügung steht. Das Einfamilienhaus mit Garten und die Stockwerkwohnung, die Kleinsiedlung, das Heim im individuellen Einzeleigentum, die Wohnung im genossenschaftlichen Gemeinschaftseigentum und die Mietwohnung sollen in dem Umfang zur Verfügung stehen, in dem ein Bedarf an ihnen besteht. Nach der Bevorzugung der Mietskaserne, die für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts kennzeichnend war, ist seit geraumer Zeit unter dem Einfluss der Wohnungsreformbestrebungen der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, der Siedlerorganisationen, der Wohnungsbaupolitik des Staates und der Gemeinden sowie betrieblicher Sozialpolitik öffentlicher und privater Unternehmen das Verständnis der Wohnungssuchenden für die besonderen Werte der Kleinsiedlung und des Kleineigentums wieder im Wachsen begriffen. Diese Entwicklung wird von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachdrücklich begrüßt. Ihr dürfen keine erwerbswirtschaftlichen und bürokratischen Hindernisse in den Weg gestellt werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich für eine umfassende Reform des Rechts der Wohnungswirtschaft, besonders des Mietrechts, ein. Nachdem der Mietenstop jahrzehntelang auf das Einkommensgefüge von entscheidendem Einfluss war, dürfen die Mieten nur Zug um Zug mit Änderungen der Einkommensverhältnisse erhöht werden. Durch sie müssen auch die wirtschaftlich schwachen Bevölkerungsgruppen in den Stand gesetzt werden, die erhöhten Mieten ohne Verschlechterung ihrer Wohnungsversorgung und ihres allgemeinen Lebensstandards zu zahlen. Dies bedingt, dass die Renten-, Versorgungs- und Fürsorgesätze entsprechend erhöht und die Forderungen der Gewerkschaften, die niedrigen Arbeitseinkommen zu erhöhen, erfüllt werden.

Eine unterschiedslose allgemeine Erhöhung aller Mieten würde die sozialen und wirtschaftlichen Übel der gegenwärtigen Wohnungsversorgung nicht beseitigen; es kommt auf die Wiederherstellung eines Gefüges der Mietpreise an, das dem Wert der einzelnen Wohnungsgruppen entspricht. Bei der Neuregelung der Mieten muss dem Mieter die Möglichkeit gegeben werden, die Anpassung seiner Miete an einen niedrigeren Nutzwert seiner Wohnung auf dem Rechtswege durchzusetzen. Erhöhte Mieten sind nur dann gerechtfertigt, wenn sie auch einer besseren Wohnungsversorgung, besonders der Instandsetzung, gegebenenfalls Modernisierung, der Wohnungen zugute kommen. Die Mehrerträge sollen daher bei der Berechnung der Leistungen für den Lastenausgleich nicht angerechnet werden, wenn sie für diese Zwecke verwendet werden. Das System der Instandsetzungsdarlehen und andere Förderungsmaßnahmen sollen ausgebaut werden.

Der soziale Wohnungsbau soll in erster Linie Wohnungen für Familien mit einem monatlichen Bruttoeinkommen des Haushaltsvorstandes im Betrage bis zu 500 DM zur Verfügung stellen. Der Bau solcher Wohnungen wird mit öffentlichen Mitteln, die zinslos gewährt werden, und gegebenenfalls darüber hinaus mit Zinszuschüssen für Kapitalmarktmittel gefördert. Die Richtsatzmieten für diese Wohnungen sollen auf der Grundlage der gegenwärtigen Einkommensverhältnisse und bis zu einer umfassenden Regelung des Mietenproblems nicht erhöht werden. Finanzierungsbeiträge der Wohnungsbewerber für diese Wohnungen dürfen nicht gefordert werden. Die Höhe der öffentlichen Darlehen muss dies berücksichtigen. Die Wohnungen sind in ortsüblicher Normalausstattung zu errichten.

Bei der Deckung des Wohnungsbedarfs der Minderbemittelten kommt es in besonderem Maße darauf an, dass nicht am Bedarf vorbeigebaut wird und dass unnötiger Verwaltungsaufwand vermieden wird; daher darf hier

nicht die Anwendung bestimmter Wohnformen und Rechtsformen der Wohnungsnutzung gesetzlich erzwungen werden.

Für Wohnungssuchende mit einem 500 DM übersteigenden Einkommen des Haushaltsvorstandes können öffentliche Mittel nur in geringerer Höhe zur Verfügung gestellt werden. Es können Steuererleichterungen gewährt werden. Höhere Quadratmetermieten und Finanzierungsbeiträge der Wohnungssuchenden können zugelassen werden. Durch Bevorzugung von Wohnungseigentum soll darauf hingewirkt werden, dass die Finanzierungsbeiträge dem Vermögen der Bewohner erhalten bleiben. Wohnungen, die ohne Inanspruchnahme öffentlicher Leistungen errichtet werden, unterliegen keiner Beschränkung der Mietenhöhe.

Der Marktwert des zur Bebauung geeigneten Bodens steigt zur Zeit infolge der Bevölkerungszunahme und des raschen Ausbaues der Volkswirtschaft stark. Unbegründete Vorstellungen von Anbietern und Nachfragern über künftige weitere Wertsteigerungen ins Ungemessene erhöhen die Preise noch über das Maß hinaus, das der gegenwärtigen und der in der übersehbaren Zukunft zu erwartenden Knappheit des Baubodens entspreche. Die Sozialdemokratische Partei wird die Bodenwirtschaft durch eine Neugestaltung des Bodenrechts so regeln, dass unbeschadet der volkswirtschaftlichen Funktionen des Preises Preistreiberei und die Ausnützung der Bodenwirtschaft als Quelle mühelosen Erwerbs ausgeschlossen werden.

Ringe zur Durchsetzung ungerechtfertigt hoher Preise und sonstige wettbewerbsbeschränkende Abreden und Zusammenschlüsse in der Bau- und Baustoffwirtschaft werden von der Sozialdemokratischen Partei bekämpft.

Im Interesse der Kostensenkung sind alle Bestrebungen zur Rationalisierung des Wohnungsbaues und der Wohnungsbewirtschaftung zu fördern. Hierzu gehört neben der Förderung der technischen Rationalisierung auch die Bekämpfung von Hindernissen und Vorurteilen, die dem Unternehmungsgedanken in der Wohnungswirtschaft im Wege stehen. Die Kleinsiedler und die Interessenten an Kleineigenheimen, an Wohnungseigentum und Dauerwohnrechten müssen durch gemeinnützige Betreuungsunternehmen ausreichend gegen Missstände geschützt werden. Die genossenschaftliche Selbsthilfe der Wohnungssuchenden, besonders der minderbemittelten, ist zu fördern.

Das gesamte System der Förderung der Wohnungswirtschaft ist von bürokratischen Hemmungen, besonders von dem Durcheinander übermäßig knebelnder Vorschriften einer Vielzahl zuständiger Stellen, zu befreien.

Finanz- und Steuerpolitik

Die Sicherung der öffentlichen Haushalte verlangt eine geordnete Einnahmen- und Ausgabenverwaltung und ein Steuersystem, das die Lasten angemessen und gerecht verteilt. Unter Beachtung der Haushalts- und Währungsstabilität muss die Steuerpolitik zugleich den Zielsetzungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik entsprechen. Der Staat hat die Aufgabe, auch mit den Mitteln der Finanz- und Steuerpolitik Konjunkturschwankungen in der Wirtschaft auszugleichen und den Markt im Sinne einer sozialen Wirtschaftspolitik zu beeinflussen.

Reform der Finanzverfassung

Voraussetzung für den Erfolg der Steuerreform ist eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung unter Beseitigung der zehn Landesfinanzverwaltungen. Nur eine einheitliche Finanzverwaltung kann die gleichmäßige und gerechte Erhebung der Steuern in allen Ländern der Bundesrepublik sichern und mit Aussicht auf Erfolg den Kampf gegen Steuerunehrlichkeit und Steuerhinterziehung führen. In einer solchen Finanzverwaltung lässt sich außerdem der Grundsatz der Sparsamkeit der Verwaltung leichter verwirklichen. Dadurch können erhebliche Steuermehreingänge ohne Erhöhung der Steuersätze erzielt werden.

Die Finanzmittel sind unter Bund, Ländern und Gemeinden entsprechend ihren politischen Aufgaben zu verteilen. Im Rahmen dieses Finanzausgleichs ist die Selbstverwaltung der Gemeinden finanziell durch das Grundgesetz zu sichern.

Reform der Steuerpolitik

Der Grundsatz einer gerechten und sozialen Steuerpolitik, die Steuerlasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verteilen, verlangt, das Schwergewicht der steuerlichen Belastung auf die direkten, sozial bestimmten Steuern zu legen und nicht, wie bisher, in erster Linie auf die unsozial wirkenden indirekten Steuern.

Das jetzige, seit Jahrzehnten bestehende Steuersystem wird den veränderten Verhältnissen nicht mehr gerecht. Es muss daher neu geordnet und dabei grundlegend geändert werden.

Lohn- und Einkommensteuer sind grundlegend neu zu regeln mit dem Ziel der Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, der gerechteren Erfassung und der weitgehenden Vereinfachung. Dazu dienen unter anderem die folgenden Maßnahmen:

Die sozial gestaffelte Einkommensteuer wird zunächst als Normalsteuer mit gleichbleibendem Steuersatz die Einkommensbeträge bis zu einer bestimmten Höhe erfassen; erst die darüber hinausgehenden Einkommensbeträge unterliegen dem steigenden Steuersatz.

Die Freibeträge werden fortschreitend erhöht bis etwa 1500,- DM für jeden Steuerpflichtigen, 1000,- DM für dessen Ehefrau und je 1000,- DM für jedes Kind. Damit werden Millionen Steuerpflichtige steuerfrei. Tausende von Finanzbeamten können wesentlicheren Aufgaben der Finanzverwaltung zugeführt werden. Das System der Freibeträge ist der Entwicklung des Sozialplans anzupassen.

Neben der Erhöhung der Freibeträge sind folgende Begünstigungen wichtig:

- steuerliche Begünstigung des Sparens und der volkswirtschaftlich notwendigen Investitionen, insbesondere des Wohnungsbaues;
- steuerliche Begünstigung der Vorsorge für das Alter, insbesondere auch der Angehörigen der freien Berufe und der Mittelschichten;
- steuerliche Begünstigung von Eltern und Betrieben für zusätzliche Ausgaben für Berufsausbildung und für Nachwuchsförderung.
- Arbeitende Ehegatten dürfen nicht zusammen veranlagt werden.

Das Arbeitseinkommen wird gegenüber dem Einkommen aus Kapitalvermögen und anderem fundierten Vermögen geringer belastet.

Die steuerliche Ungleichheit zwischen veranlagten Personen und Lohnsteuerpflichtigen wird beseitigt; ebenso die steuerliche Ungleichheit zwischen Einzel firmen, Personalgesellschaften und Kapitalgesellschaften, soweit der gewerbliche Betrieb durch die Einkommensteuer stärker belastet ist, als er es durch die Körperschaftssteuer wäre. Der von der jetzigen Steuergesetzgebung begünstigten Flucht in die Geschäftskosten ist entgegenzuwirken.

Reform der Umsatz- und Verbrauchssteuern

Die Umsatzsteuer bedarf einer grundlegenden Neuordnung. An die Stelle der geltenden Umsatzsteuer soll eine Umsatzsteuer treten, welche die volkswirtschaftlich erwünschte Arbeitsteilung und Spezialisierung nicht mehr benachteiligt. Diese Umsatzsteuer soll im Steuersatz stärker als bisher unterscheiden zwischen den lebensnotwendigen Wirtschaftsgütern und den Wirtschaftsgütern des gehobenen Bedarfs. Grundnahrungsmittel sind von der Umsatzsteuer freizustellen. Die Verbrauchssteuern sind zu vereinfachen und abzubauen.

Die Zuckersteuer, als die unsozialste Verbrauchssteuer Deutschlands, ist aufzuheben.

Wenn so das Steuersystem vereinfacht und die Steuern sozial gestaltet sind, wird die gleichmäßige und gerechte Erfassung der Steuern die wichtigste Aufgabe der Finanzverwaltung sein.

Sozialpolitik

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist zu einer Sozialpolitik entschlossen, die Existenz, Freiheit und Würde aller Menschen sichert. Jeder Arbeitsfähige hat ein Recht auf Arbeit zur Sicherung einer ausreichenden Lebenshaltung. Ohne angemessene eigene Arbeitsleistung hat kein Arbeitsfähiger Anspruch auf Leistungen der Gesellschaft.

Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik müssen zusammenwirken. Eine umfassende Sozialreform muss der Veränderung der sozialen Struktur unseres Volkes gerecht werden. Für den Mehraufwand und den schrittweisen Aufbau der sozialen Sicherung stecken Reserven

- in der Vergrößerung des Sozialproduktes durch Vollbeschäftigung,
- in der Produktivitätssteigerung, insbesondere durch Verbesserung des Gesundheits- und Leistungsstandes,
- in der Rationalisierung der Sozialleistungen durch den Sozialplan.

Sozialistische Sozialpolitik sichert den schaffenden Menschen einen wachsenden Anteil am Sozialprodukt.

Soziale Sicherung

Das Durcheinander der sozialen Einrichtungen und Leistungen in Sozialversicherung, Versorgung und Fürsorge ist unerträglich. Die Verwaltung arbeitet vielfach unrationell und daher teuer. Die meisten Renten sind unzureichend. Die Krankenhilfe entspricht nicht den medizinischen Möglichkeiten. Hunderttausende von Arbeitsfähigen müssen unverschuldet feiern. Durch Gesundheitssicherung, Vollbeschäftigung und Erhöhung des Sozialproduktes werden Millionensummen für die Verbesserung der Sozialleistungen verfügbar gemacht werden.

Der Entwicklung und Verbesserung des Systems der sozialen Leistungen dient ein übersichtlicher

Sozialplan

Er gewährt Rechtsansprüche

- auf eine Gesundheitssicherung, die vorbeugende Gesundheitsfürsorge, ärztliche Hilfe, Krankenhaushilfe, Versorgung mit Medikamenten und Kuraufenthalt einschließt;
- auf ausreichende Renten bei Erwerbsminderung und Erwerbsunfähigkeit, im Alter oder beim Tode des Ernährers;
- auf Mutterschutz und staatliche Kinderbeihilfen;
- auf wirtschaftliche Sicherung während der Gesamtdauer der Krankheit und während unverschuldeter Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit.

Diese soziale Sicherung muss allen des Schutzes Bedürftigen gewährt werden. Dazu gehören:

- Lohn- und Gehaltsempfänger, Hausfrauen, Handwerker und Gewerbetreibende, Bauern und Angehörige freier Berufe.

Der Sozialplan soll auf allen Stufen durch Selbstverwaltungsorgane durchgeführt werden. Dezentralisierung soll die persönliche Beziehung zum Menschen sichern.

Zur Rationalisierung der Verwaltung und im Interesse der Rentenbezieher werden die Renten nicht mehr, wie heute, von einer Vielzahl von Leistungsträgern, sondern aus einer Hand gewährt.

Für die Alterssicherung der Selbständigen in Landwirtschaft, Gewerbe, Handel sowie in den freien Berufen wird eine Selbstverwaltungskörperschaft errichtet. Die Alterssicherung der verschiedenen Gruppen der Selbständigen durch diese Körperschaft erfolgt innerhalb der Einkommens-

grenzen und mit den Beiträgen, die sich aus den besonderen Verhältnissen der Gruppen ergeben.

Individualfürsorge

Die Fürsorge als Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung wird durch die Zweige der sozialen Sicherung von allgemeinen Regelleistungen entlastet. Damit kann sie, unterstützt durch praktische Nächsten- und Selbsthilfe – auch freier Wohlfahrtsorganisationen –, ihrer eigentlichen Aufgabe, in individuellen Notfällen helfend einzugreifen, erfolgreicher nachkommen. Auf ihre Leistungen besteht unter Verzicht auf Rückerstattung Rechtsanspruch.

Die Fürsorge tritt neben die Leistungen der sozialen Sicherung dort, wo diese zur Bekämpfung und Beseitigung eines individuellen Notstandes nicht ausreichen können. Sie gewährt vorbeugende Hilfe als Pflichtleistung und sichert eine menschenwürdige Anstalts- und Heimfürsorge. Sie betreut die Familie als Ganzes und umfasst ausreichende Maßnahmen der Jugendfürsorge und -pflege. Die Fürsorge soll die Kräfte der Betreuten zur Selbsthilfe stärken und mit diesen gemeinsam an der Überwindung des Notstandes arbeiten.

Arbeitsschutz

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird den Arbeitsschutz als öffentliches Mindestrecht insbesondere zur Sicherung der Gesundheit des Arbeitenden ausbauen.

Jedermann soll ein sinnerfülltes und menschenwürdiges Leben führen können. Deshalb fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich, wo sie nach dem Umfang der Produktion und dem jeweiligen Stand der Technik möglich ist. Die moderne Technik, die der notwendigen Steigerung des Ertrages der Arbeitskraft dient, stellt auch so große Anforderungen an den Menschen, dass die Kürzung der Arbeitszeit schon aus diesem Grunde erfolgen muss.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands unterstützt darum die Forderung der Arbeitnehmerschaft und der Gewerkschaften auf Durchführung der 40-Stunden-Woche.

Arbeitsrecht

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für ein fortschrittliches Arbeitsrecht. Es soll in einem deutschen Arbeitsgesetzbuch zusammengefasst werden. Lohn- und Arbeitsbedingungen sollen im allgemeinen durch Tarifverträge geregelt werden. Das von der Sozialdemokratischen Partei erkämpfte Gesetz über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen muss vor allem die Landarbeiter, die Heimarbeiter und die Angestellten und Arbeiter in kleinen Büros und Werkstätten sowie in der Hauswirtschaft vor unzureichenden Löhnen und Gehältern schützen.

Kriegsopferversorgung

Die Verpflichtung des Staates, den Kriegsbeschädigten und ihren Angehörigen sowie den Hinterbliebenen der Toten zweier Weltkriege zu helfen, ist unabdingbar.

Die Sozialdemokratie fordert eine intensive Berufsfürsorge, Bereitstellung von Arbeitsplätzen sowie eine Erhöhung der Renten aus dem Bundesversorgungsgesetz, um diese Leistungen an das veränderte Preisgefüge anzupassen. Für die vom Erwerbsleben ausgeschlossenen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ist eine ausreichende Vollversorgung durchzuführen. Die Grundrenten dürfen auf andere Sozial- und Rentenleistungen nicht angerechnet werden. Die Schwerbeschädigtengesetzgebung wird fortschrittlich ausgebaut. Ziel aller Maßnahmen für die Schwerbeschädigten ist die Wiedereingliederung in das praktische Leben.

Die Heilfürsorge wird verstärkt und ist dem stetigen Fortschritt der medizinischen Wissenschaft anzupassen. Den ehelichen und unehelichen Kindern der Kriegsoffer wird bei der Schul- und Berufsausbildung wirksam geholfen werden.

Gesundheitspolitik

Jeder hat das Recht auf Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit, soweit die modernen medizinischen Erkenntnisse dies ermöglichen.

Das kann nur durch Ausbau des vorbeugenden und heilenden Gesundheitswesens in einer umfassenden Gesundheitssicherung erreicht werden. Dabei ist die freie medizinische Entscheidung in freiberuflicher

ärztlicher Praxis auch zur Wahrung des erforderlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Arzt bei freier Arztwahl zu sichern und zu schützen.

Der Bedeutung der ärztlichen Tätigkeit hat die wirtschaftliche Sicherung auch des freiberuflichen Arztes während der Ausübung seines Berufes und im Falle einer Invalidität und im Alter zu entsprechen.

Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte

Recht auf Heimat, Recht auf Hilfe

Heimatvertriebene, Kriegssachgeschädigte, Evakuierte und Sowjetzonenfluchtlinge haben einen Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Wiedergutmachung des Unrechts, das den Opfern der Potsdamer Austreibungsbeschlüsse angetan worden ist. Sie bejaht ihr Heimatrecht im Osten und ihr Lebensrecht im Westen.

Alle Menschen haben ein Recht auf ihre Heimat, ihr Volkstum, ihre Sprache und Kultur. Die Sozialdemokratische Partei wird sich für die Möglichkeit der friedlichen Rückkehr aller Vertriebenen einsetzen, gleichviel, ob sie innerhalb oder außerhalb der deutschen Vorkriegsgrenzen gelebt haben. Sie erstrebt die Eingliederung der Heimatvertriebenen, Kriegssachgeschädigten, Evakuierten und Sowjetzonenfluchtlinge in das deutsche Wirtschaftsgefüge.

Eine innere Umsiedlung mit dem Ziel eines sozialen Gleichgewichts und eines gesunden Bevölkerungsausgleiches ist nötig. Das Schwergewicht muss auf einer kombinierten Wohnungs- und Arbeitsbeschaffung liegen. Durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wird eine gesunde Entwicklung der Flüchtlingsindustrien ermöglicht. Die Erhaltung des Facharbeiterstammes und der Exportkapazität dieser Betriebe erfordert besondere Aufmerksamkeit.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands setzt sich für eine beschleunigte Eingliederung der siedlungswilligen Vertriebenen und Sowjetzonenfluchtlinge in die Landwirtschaft ein. Die zur Zeit geltenden unzureichenden gesetzlichen Bestimmungen müssen erweitert werden. Dazu gehören die gesetzliche Regelung der Altersversorgung für die Besitzer auslaufender Höfe, die Schaffung wirtschaftlich arbeitender Betriebe durch Flurbereinigung und Regelung des Grundstücksverkehrs sowie eine ver-

nünftige Entschädigung für den unter die Landabgabe fallenden Boden. Der Schwerpunkt liegt auf der Eingliederung in Vollbauernstellen.

Die Existenzgründung der Vertriebenen und der Wiederaufbau der Existenzen aller Geschädigten in Handwerk, Gewerbe und freien Berufen wird durch Beseitigung der bürokratischen Hemmnisse, durch planmäßige Berücksichtigung bei der Umsiedlung und durch Kreditgewährung gefördert.

Die Kinder aller Geschädigtengruppen dürfen in ihrer Schul- und Berufsausbildung nicht benachteiligt werden. Gleiche Startbedingungen für die heimatvertriebene Jugend und die jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge zu schaffen ist besonders vordringlich.

Das Bundes-Evakuierten-Gesetz muss beschleunigt durchgeführt werden. Vor allem müssen ausreichende Mittel zur Schaffung von Wohnraum und zur Existenzsicherung bereitgestellt werden. Dabei sind gleichermaßen die Alten und Arbeitsunfähigen zu berücksichtigen.

Die Rechtsansprüche für Sowjetzonenflüchtlinge müssen gesetzlich geregelt werden.

Die Sozialdemokratische Partei wird mit allen Organisationen der Geschädigten, die sich der Vertretung der besonderen sozialen Interessen ihrer Mitglieder widmen, freundschaftlich zusammenarbeiten. Sie wird auch an der Pflege und Erhaltung der kulturellen Traditionen der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge mitwirken.

Lastenausgleich

Zum Recht auf die Hilfe der Gemeinschaft gehört der Lastenausgleich. Das Lastenausgleichsgesetz muss verbessert werden, damit es bei der Aufbringung und bei der Verteilung den sozialen Notwendigkeiten gerecht wird.

Bei der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes sind vordringlich Mittel zur Verfügung zu stellen

- für die Hausratsentschädigung,
- für die Wiederbeschaffung von Wohnraum,
- für die produktive Eingliederung,
- für die Kriegsschadenrenten.

Die Mittel für die Entschädigung sind durch eine zielbewusste Vorfinanzierung flüssig zu machen, da nur ein beschleunigter Lastenausgleich einen Wert für die Geschädigten hat.

Kulturpolitik

Freiheit, Toleranz und soziale Verantwortung

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zu den Grundsätzen der Toleranz und zur Achtung der Menschenwürde allen gegenüber, die Toleranz auch für sich als verpflichtend anerkennen. Diese Grundsätze sollen das Zusammenleben und die Auseinandersetzung zwischen den weltanschaulich und politisch getrennten Gruppen des deutschen Volkes bestimmen. Es soll volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, volle Freiheit der Kunst, der Forschung und Lehre, der Presse und des Rundfunks herrschen.

Die Freiheit der religiösen Verkündung und die Freiheit der Forschung und Lehre dürfen weder zu parteipolitischen noch zu antidemokratischen Zwecken missbraucht werden.

Die Freiheit der Meinungsäußerung schließt ein, dass die Presse offen Zugang zu den notwendigen Informationen erhält. Für die gesetzliche Bekämpfung des Missbrauchs der Meinungsfreiheit in Literatur und Presse genügen die geltenden Strafgesetze. Der beste Schutz gegen minderwertige Literatur sind menschenwürdige Lebensbedingungen und eine gute Erziehung. Die Freiheit des Rundfunks muss durch eine demokratische Kontrolle seiner Unabhängigkeit und seiner Finanzpolitik gesichert sein. Er ist eine öffentliche Einrichtung, die nicht Propagandamittel einer einzigen Partei oder Weltanschauung, auch nicht einer Regierung, sein darf.

Die Schule

Die deutsche Jugend wird in den Schulen und Hochschulen ohne Unterschied der Konfession gemeinsam im Geist gegenseitiger Achtung zum sozialen Verantwortungsbewusstsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung erzogen. Auch die Leibeserziehung ist für die Gesamterziehung unentbehrlich.

Der Religionsunterricht wird nach den im Grundgesetz festgelegten Bestimmungen erteilt. Eine konfessionelle Erziehung darüber hinaus bleibt Aufgabe der Eltern und Religionsgemeinschaften.

Das Schulwesen wird so gestaltet, dass es alle Kinder in einem organisch gegliederten Schulsystem vereint und jedem Kinde, unabhängig von seiner sozialen Lage, eine Schulbildung ermöglicht, die seinen Anlagen

und Fähigkeiten entspricht. Deshalb wird die Schulgeld- und Lernmittelfreiheit allgemein eingeführt; ausreichende Erziehungsbeihilfen werden gewährt.

Die als Kriegsfolge entstandene Schulraumnot wird durch den großzügigen Bau von Schulen, Turnhallen und Sportstätten schnellstens beseitigt. Der Bau solcher Einrichtungen wird an Dringlichkeit dem sozialen Wohnungsbau gleichgesetzt. Bund, Länder und Gemeinden haben hierzu beizutragen.

Im Interesse des pädagogischen Fortschritts werden Versuchsschulen, Landerziehungsheime, Schullandheime und ähnliche Einrichtungen gefördert.

Die Mitbestimmung der Eltern in der Schulerziehung und eine Schülermitverwaltung werden an allen Schulen sinnvoll ausgebaut.

Für die Volksschule sind besondere Anstrengungen dringend nötig. Die Besserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen und der sozialen Stellung der Lehrer wird dazu beitragen, den Lehrermangel zu beheben. Die Klassen dürfen höchstens 35 Kinder umfassen. Das neunte Schuljahr wird allgemein eingeführt. Für Schüler derselben Altersstufe sollen Klassenstärke, Lehrerzahl und Aufwendungen für Lehr- und Lernmittel dem Stand der Mittel- und Oberschule angeglichen werden.

Die berufsbildende Schule soll das Fachwissen des Schülers vertiefen und ihn zur sozialen Verantwortung erziehen. Berufsschulgesetze werden den Ländern, Kreisen und Gemeinden die Einrichtung von öffentlichen Berufsschulen zur Pflicht machen. Die Schulzeit in den Berufsschulen soll wöchentlich mindestens 12 Stunden betragen.

Die Lehrer aller Schularten werden in mindestens sechs Semestern an Hochschulen ausgebildet. Ihre pädagogische Ausbildung wird einander gleichwertig gestaltet. Die für die Lehrerfortbildung und den Lehreraustausch mit dem Ausland bestehenden Einrichtungen werden erweitert.

Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Der durch die kapitalistische Gesellschaft verursachten Unterbewertung der geistigen Arbeit tritt die Sozialdemokratische Partei mit Entschiedenheit entgegen. Die geistigen Berufe müssen einen neuen, ihrer Bedeutung entsprechenden Rang in unserer Gesellschaft finden.

Die Hochschule darf kein von der demokratischen Gesellschaft isoliertes Dasein führen. Neben der Forschung und Lehre muss sie ihrer Bil-

dungsaufgabe gerecht werden. Die studierende Jugend soll an den Hochschulen nicht nur ihre Fachausbildung, sondern auch eine Allgemeinbildung erhalten, die es ihr ermöglicht, den Zusammenhang zwischen ihren fachlichen Aufgaben und der sozialen Wirklichkeit zu erkennen.

Die volle Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums wird eingeführt, ausreichende Studienbeihilfen werden gewährt. Über die bestehenden Bildungswege hinaus werden weitere Möglichkeiten geschaffen, die jedem für das wissenschaftliche, künstlerische und technische Studium Befähigten ohne Rücksicht auf seine vorherige Schulbildung den Zugang zu den Hochschulen öffnen werden.

Die Dozenten und Assistenten an den Hochschulen werden finanziell und rechtlich gesichert.

Wissenschaft und Forschung, vor allem auch auf geistes- und sozialwissenschaftlichem Gebiet, sowie das künstlerische Schaffen werden mehr als bisher mit öffentlichen Mitteln gefördert. Die Schätze der Wissenschaft und Kunst sollen allen Menschen zugänglich sein.

Hauptaufgabe der freien Erwachsenenbildung ist die Erziehung zur bewussten Teilnahme am Aufbau einer lebendigen Demokratie. Diese Aufgabe steht gleichrangig neben der Arbeit der anderen Bildungseinrichtungen. Dies muss auch in ihrer finanziellen Unterstützung sichtbar werden. Die Arbeit der Volkshochschule soll gesetzlich gesichert und von Ländern und Gemeinden gefördert werden.

Auch der umfassende Aufbau und Ausbau der öffentlichen Büchereien wird eine gesetzliche Grundlage erhalten.

Dank der opferreichen Anstrengungen der Arbeiterbewegung steht den Menschen heute mehr Freizeit zur Verfügung. Die moderne »Kulturindustrie« droht diesen Bereich völlig auszufüllen. Deshalb unterstützt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands alle Bestrebungen, die es den Menschen ermöglichen, ihre Freizeit selbsttätig und sinnvoll zu gestalten. Das vornehmste Ziel dieser Bemühungen ist die Sicherung und Entfaltung der von der mechanisierten Gesellschaft bedrohten menschlichen Werte.

Frau und Familie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist stets für die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung und für die Gleichstellung der Frau auf allen Rechtsgebieten eingetreten. Sie setzt sich für eine Reform des Ehe- und Familienrechts ein. Sie erstrebt auch für die Frau das

Recht auf einen Arbeitsplatz und den Zugang zu allen Berufen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen. Keine Mutter vorschulpflichtiger oder schulpflichtiger Kinder darf jedoch aus wirtschaftlicher Not gezwungen sein, einem Erwerb nachzugehen.

Frauen müssen dieselben beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten haben wie Männer. Mehr als bisher müssen sie zur Mitarbeit im öffentlichen Leben, auch in leitenden Stellen, ausgebildet und verwendet werden. Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte sind zu beseitigen.

Löhne und Gehälter sind nur durch die Art der Arbeit und nicht durch Geschlecht oder Alter des Arbeitnehmers zu bestimmen. Die so genannten typischen Frauenarbeiten müssen neu und gerecht bewertet werden.

Die Arbeitsschutzgesetzgebung muss – auch nach Inkrafttretung der Gleichberechtigung im Ehe- und Familienrecht – der besonderen Lage der Frau und Mutter Rechnung tragen. Durch Ausbau der Gewerbeaufsicht, an der viel stärker als bisher Frauen mit Betriebserfahrung beteiligt sein müssen, wird die Anwendung dieser Gesetze wirksam kontrolliert.

Alle Versuche, bei der Vermittlung und Einstellung weiblicher Arbeitnehmer die Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes für berufstätige Frauen zu umgehen, werden schärfstens bekämpft. Ein gesetzlicher Mutterschutz wird sich auf alle berufstätigen Frauen, auch auf weibliche Beamte und Selbständige, erstrecken. Alle nicht berufstätigen Frauen haben Anspruch auf gleichwertige Hilfe.

Für alle Kinder werden staatliche Kinderbeihilfen gewährt. Eine ausreichende Mütter- und Säuglingsfürsorge wird aufgebaut.

Kindergärten, Kinderhorte, Kinderkrippen, Kinder- und Müttererholungsheime werden die Mütter vor Überlastung und ihre Kinder vor gesundheitlicher und seelischer Gefährdung schützen.

Ohne menschenwürdige Wohnungen gibt es keine gesunden Familien. Der Wohnungsbau in Stadt und Land muss daher den Anforderungen rationeller Haushaltsführung und neuzeitlicher Hygiene entsprechen. Auch Wohnungen für Alleinstehende sind zu fördern.

Im Eherecht und in der Sozialgesetzgebung wird die Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit bewertet.

Bei Schwangerschaft, Krankheit und Kuraufenthalt der Hausfrau werden Heimhilfen bereitgestellt. Kommunale Erziehungs- und Eheberatungsstellen werden eingerichtet.

Recht und Verantwortung der jungen Generation

Die junge Generation soll und will sich ihren Platz im beruflichen und öffentlichen Leben selber erobern. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt deshalb jede Initiative der Jugend. Sie wird ihre berechtigten Forderungen unterstützen. Sie wird junge Kräfte an der verantwortlichen Mitarbeit am politischen und sozialen Leben beteiligen. Sie wird den besonderen Schutz, den der junge Mensch während seiner körperlichen und geistigen Entwicklung braucht, gesetzlich sichern.

Jeder junge Mensch hat ein Recht auf eine berufliche Ausbildung. Durch Ausbildungsbeihilfen und durch ein Berufsausbildungsgesetz werden Voraussetzungen zur Erfüllung dieses Rechts geschaffen.

Die Berufsbilder und Ausbildungsformen werden an die moderne Arbeitstechnik angeglichen. Für verwandte Berufe wird eine gemeinsame Grundausbildung festgelegt. Ergänzt durch Umschulungseinrichtungen, wird sie einen Berufswechsel erleichtern.

Durch den Ausbau einer elastischen und arbeitsfähigen Berufsberatung, durch verstärkte frühzeitige Berufsaufklärung der Eltern und Jugendlichen und durch die Förderung der Berufsvorbereitung in den Schulen wird die Berufswahl erleichtert.

Die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und Hauswirtschaft werden verbessert.

Um die Jugendarbeitslosigkeit und die Berufsnot zu beseitigen, werden neue zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen. Dies geschieht durch eine Politik der Vollbeschäftigung, durch die Erfassung aller nicht ausgenutzten Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der öffentlichen und privaten Wirtschaft, durch die Errichtung kommunaler und gemeinnütziger Lehrwerkstätten im Anschluss an kommunale Betriebe und Erziehungseinrichtungen, durch die Ausweitung des Berufsraumes für weibliche Jugendliche, durch den überörtlichen Lehrstellen- und Arbeitsplatzaustausch, durch den Bau von Wohnheimen.

Ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz wird den jungen Menschen einen Jahresurlaub von 24 Tagen geben, die Akkordarbeit für Jugendliche verbieten, die tägliche Arbeitszeit auf höchstens 7 1/2 Stunden festlegen und die ärztliche Untersuchung und Überwachung der berufstätigen Jugend anordnen. Die Strafbestimmungen für Verstöße gegen den Jugendarbeitsschutz werden verschärft.

Die Arbeitnehmer unter 20 Jahren werden in den Kündigungsschutz einbezogen.

Den Jugendlichen wird das aktive Wahlrecht zum Betriebsrat vom 17. Lebensjahre an zuerkannt. Das allgemeine Mitwirkungsrecht der Jugendsprecher im Betriebsrat wird gesichert.

Um die geistigen und kulturellen Bestrebungen der Jugend zu fördern und um die gemeinschaftsbildenden Kräfte zu stärken, werden ausreichende öffentliche Mittel bereitgestellt.

Auf jugendpflegerischem, erzieherischem und jugendpolitischem Gebiet sind die demokratischen Jugendverbände wichtige Träger des demokratischen Staates. Sie haben deshalb ein Recht auf besondere Förderung.

Internationale Begegnungen der Jugendgemeinschaften und der internationale Austausch von jungen Menschen werden öffentlich unterstützt. Die Bildungsarbeit der Jugend wird vor allem durch die Förderung von Kursen und Lehrgängen, die Einrichtung und den Ausbau von Jugendbibliotheken, die Unterstützung des Jugendschrifttums und des Jugendfilms die notwendige Grundlage erhalten.

Die Gemeinden müssen mehr als bisher jugendpflegerische Einrichtungen schaffen (Jugendheime, Sport- und Schwimmanlagen usw.). Diese müssen allen Jugendlichen kostenlos zugänglich sein.

Jugendwandern und Jugenderholung werden durch den Bau und Ausbau von Jugendherbergen, Jugendwanderheimen, Zeltlagerplätzen und Erholungsstätten gefördert.

In allen Bundesländern werden besondere Urlaubsgesetze für Jugendleiter geschaffen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird für die Aufstellung junger Kandidaten bei den Wahlen und für die Berufung geeigneter Nachwuchskräfte als Mitarbeiter verantwortlicher Persönlichkeiten sorgen. Damit will sie auch der Ämterhäufung entgegenwirken.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vertraut darauf, dass die junge Generation ihre Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft erkennt und dass sie bereit ist, an ihrem eigenen Schicksal und an einer glücklichen Zukunft unseres Volkes gestaltend mitzuarbeiten.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ruft das deutsche Volk auf, sich für die in ihrem Aktionsprogramm niedergelegten Ziele einzusetzen. Von der Zustimmung des Volkes hängt die Verwirklichung dieses Programmes ab.

In ihrem Kampf lässt sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands von den Zielen und Aufgaben des demokratischen Sozialismus leiten, wie sie in der Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main am 3. Juli 1951 beschlossen wurden:

Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völker ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit.